

Wöchentlich 60 Pf., monatlich 1,60 M.
im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M.
einwöchentlich 60 Pf. Postgebühren- und
72 Pf. Postbestellgebühren. Kundenbe-
abonnements 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal. Die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Illustrierte Beilagen „Voll
und Zeit“ und „Kinderfreund“. Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Technik“, „Bild in die
Bücherei“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Herausgeber: Dönhoff 192-197 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. Dr. & U. Dir. - Gef. Depofitenkasse Lindenstr. 3.

Dienstag

24. Juni 1930

Groß-Berlin 10 Pf.

Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konvertierung
des Pfennigs. Reklamierliche 1.- Reichs-
mark. „Kleine Einheiten“ das ein-
drucksvolle Wort 25 Pfennig gültig zwei
falschgedruckte Worte, jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stellenangebote das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-
gebäude Ullrichstraße 2, wochentags
von 9 1/2 bis 12 Uhr.

Kampf gegen Wirtschaftskrise!

Die Abwehrvorschläge der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer letzten Sitzung die angekündigten Richtlinien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Ueberwindung der Finanznot beschlossen.

Dass eine Partei, die sich in der Opposition befindet, in einer für die Regierung höchst unbequemen Situation mit positiven Vorschlägen zur Behebung der sachlichen Schwierigkeiten hervortritt, ist sicher sehr ungewöhnlich. Aber die Probleme, vor die sich das Land und nicht zuletzt die Arbeiterschaft gestellt sehen, sind zu gewaltig und zu folgenreicher, als daß sich die größte deutsche Partei auf eine ablehnende Kritik am Finanzprogramm des Kabinetts beschränken könnte. Sie ist verpflichtet, zu sagen, wie sie sich ihrerseits die Lösung denkt, und aus diesem Grunde hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Richtlinien angenommen und der Öffentlichkeit unterbreitet, die im folgenden kurz erörtert werden sollen.

Um von vornherein Mißverständnisse auszuschalten, ist der politische Zweck der Vorschläge hervorzuheben. Es handelt sich in erster Linie um eine Verständigung innerhalb der sozialdemokratischen Reihen und um einen Wegweiser für alle die, die sich innerhalb und außerhalb des Parlaments mit den Absichten des Kabinetts Brünning auseinandersetzen haben. Es handelt sich nicht um den Versuch, die Plattform für eine neue Koalitionsregierung oder für eine Erweiterung der Plattform der gegenwärtigen zu schaffen. Wäre das die Absicht gewesen, so hätten wir auf die Formulierung einer Reihe von Forderungen verzichten müssen, von denen wir überzeugt sind, daß sie bei keiner der bürgerlichen Parteien Gegenliebe finden werden.

Auf der anderen Seite stellen wir aber auch kein eigentlich sozialistisches Programm auf. Eine dringende Gegenwartsaufgabe erheischt im Interesse der Arbeiterklasse eine schnelle Lösung. Die Sozialdemokratie will zeigen, welche Wege sie gehen würde, wenn sie heute die Regierung wäre oder die Regierung entscheidend beeinflussen könnte. Die bürgerlichen Parteien würden der von der Sozialdemokratie vorgezeichnete Linie freilich zu folgen vermögen, ohne dadurch der sozialistischen Wirtschaftslehre ein grundsätzliches Zugeständnis zu machen. Aber wir wissen zu genau, wie sie sich gegen jedes Opfer kapitalistischer Interessen sträuben, um uns der Illusion hinzugeben, daß sie gewillt seien, dem Staat und Volk bedrohenden Uebel wirklich an die Wurzel zu gehen.

Die Wirtschaftskrise hat ein gewaltiges Ausmaß erreicht. Die Massenarbeitslosigkeit droht zu einem Dauerzustand zu werden. Für Hunderttausende von Arbeitswilligen schwindet immer mehr die Aussicht, wieder einmal Arbeit zu bekommen. Deshalb darf man sich nicht mehr mit der Hoffnung begnügen, daß es einmal von selbst besser werde, sondern muß alle Kräfte anspannen, um Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit möglichst rasch zu überwinden.

Auch die Unternehmer geben vor, die Gesundung der Wirtschaft zu erstreben. Tatsächlich aber wollen sie etwas ganz anderes. Sie wollen die jetzigen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten benutzen, um ihre reaktionären Pläne durchzuführen. Sie wollen die Löhne abbauen, die Arbeitslosenversicherung und die soziale Fürsorge aushöhlen. Dadurch würden aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht überwunden, sondern verschärft werden. Große Gruppen der Unternehmer wünschen sogar die Verschärfung der Wirtschaftskrise, um die Kampfkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu schwächen und ihnen eine verschlechterte Lebenshaltung aufzuzwingen.

Die baldige Ueberwindung der Wirtschaftskrise verlangt andere Wege. In den Richtlinien der Sozialdemokratie sind sie im einzelnen dargelegt: Verhinderung des Lohnabbaues, Erhaltung der Massenkraft, Senkung der Preise, Beschaffung neuer Arbeitsgelegenheit und Sicherung der sozialen

Leistungen. Bei der Schwere der deutschen Wirtschaftskrise führen Einzelmaßnahmen nicht zum Ziele. Soll der Druck von der deutschen Wirtschaft genommen werden, der nicht zuletzt durch die Weltwirtschaftskrise verschärft worden ist, so müssen alle diese Maßnahmen gemeinsam ergriffen werden. Im Gegensatz zur Reichsregierung und zu den Unternehmern, die das Mittel in dem Lohnabbau und in dem Abbau der Sozialleistungen sehen, will die Sozialdemokratie das Uebel an der Wurzel packen und die Wirtschaftskrise durch eine Reihe von zusammenhängenden Maßnahmen zu überwinden versuchen, ohne daß die Lebenshaltung der Massen der Bevölkerung beeinträchtigt wird.

Ueberwindung der Wirtschaftskrise ist aber ohne Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten des Reichs, der Länder und der Gemeinden undenkbar. Ebensovienig wie die Unternehmer die tatsächliche Ueberwindung der Wirtschaftskrise erstreben, ebensovienig wollen sie die wirkliche Gesundung der öffentlichen Finanzen. Je größer die Not der öffentlichen Finanzen ist, um so mehr haben sie Aussicht, die sozialen Ausgaben abzubauen, die öffentliche Wirtschaft zu zerschlagen, und Reich, Länder und Gemeinden in ihre Abhängigkeit zu zwingen. Diesem Ziel sollen die Forderungen der Unternehmer auf Senkung der öffentlichen Ausgaben dienen. Die Unternehmer denken nicht daran, diese Ersparnisse da zu machen, wo sie ohne Schädigung der Gesamtheit leicht möglich sind, sie denken nicht daran, die Ausgaben für Heer und Marine, für Luftfahrt und auswärtige Angelegenheiten zu

vermindern. Die militärischen Ausgaben sollen sogar um 40 Millionen Mark erhöht werden. Statt dessen sollen die Sozialausgaben auf einen Schlag um Hunderte von Millionen zusammengestrichen werden.

Auch die Sozialdemokratie ist der Auffassung, daß in der gegenwärtigen Notlage Reich, Länder und Gemeinden mit äußerster Sparsamkeit wirtschaften müssen. Aber sie verlangt, daß die Einsparungen da vorgenommen werden, wo sie durchführbar sind, ohne die sozialen und kulturellen Verpflichtungen zu beeinträchtigen. Deshalb setzt sie sich für Verminderung der Wehrausgaben, für Kürzung der hohen Pensionen und für Streichung oder Hinausschiebung aller nicht unbedingt notwendigen öffentlichen Ausgaben ein.

Trotz aller Sparsamkeit wird aber die Schaffung erhöhter Einnahmen nicht zu vermeiden sein. Auch hierfür sind noch eine ganze Reihe von Möglichkeiten vorhanden, die bisher nicht ausgenutzt worden sind. Nach wie vor hält die Sozialdemokratie an ihrer Forderung fest, daß die leistungsfähigen Schichten zur Ausbringung der nötigen Mittel in erster Linie herangezogen werden müssen. Das kann am besten geschehen durch einen allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer der höheren Einkommen. Reichlich jedoch diese Mittel zur Deckung der öffentlichen Forderungen nicht aus, so kann außerdem auf eine besondere Heranziehung der nicht von der Erwerbslosigkeit bedrohten Kreise der Bevölkerung nicht verzichtet werden.

Dies sind die Maßnahmen, die die Sozialdemokratie zur

Unerhörter Privatisierungsstandal.

Schwerindustrie und Banken bemächtigen sich der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen.

Die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalens, bisher das größte rein kommunale Elektrizitätswerk Deutschlands, zugleich das größte Kraftwerk Westfalens, soll dem Privatkapital ausgeliefert werden. Die „Vossische Zeitung“ bringt eine nach unseren Informationen im wesentlichen den Tatsachen entsprechende Meldung aus Essen, nach deren Einzelheiten das Schicksal der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen als öffentliches Unternehmen besiegelt sein wird.

Seit langem bestand bei den VEW ein namhafter Kapitalbedarf. Seit vielen Monaten wurde darüber verhandelt, ob dieser Kapitalbedarf allein von den öffentlichen Anteilhabern oder durch das Zusammenwirken öffentlicher und gemischtwirtschaftlicher Elektrobetriebe gedeckt werden kann. Es liefen auch Anleiheverhandlungen auf dem amerikanischen Kapitalmarkt. Ganz plötzlich ist nun in diesen Bemühungen eine überraschende Wandlung eingetreten. Die VEW soll la eine Aktiengesellschaft umgewandelt, ihr Kapital soll von 60 auf 120 Millionen erhöht, und die 60 Millionen neuen Aktien sollen von einem Bankenkonzern übernommen werden, das unter der Führung der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft steht. Zunächst wird von den Privatbanken ein Kredit von 66 Millionen Mark gewährt (Schuldscheindarlehen zu 6 1/2 Proz., Auszahlung 92), der eigentliche Geldgeber für dieses Darlehen ist aber das amerikanische Bankenkonzern, das nach Durchführung dieses Kredites und nach Uebertragung der Aktien an die Privatbanken eine weitere Anleihe von 10 Millionen Dollar gewähren will. Den 60 Millionen jungen Aktien wird eine Vorzugsdividende von 6 1/2 Proz. garantiert. Das Großbankenkonzern erhält sofort 10 Aufsichtsratsmandate von 20, Herr Rehl von der D. D. Bank wird stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat.

Dieser bisher auf das sorgfältigste geheimegehaltene Plan soll bereits heute im Aufsichtsrat zur Durchführung gebracht werden.

Was hier vor sich geht, ist der ungeheuerliche Standal, der sich bisher in der Privatisierungskampagne gegenüber der öffentlichen Elektrowirtschaft in Deutschland vollzogen hat. Seit Monaten haben wir auf die ungeheure Gefahr hingewiesen und die Brutalität immer wieder gekennzeichnet, mit der diese Privatisierung von in- und ausländischem Privatkapital betrieben wird. In diesem Fall liegen die Dinge besonders gravierend. Wir haben keinen

Zweifel daran, daß die gegenwärtige Leitung der VEW selbst die neue Wendung begrüßt. Wir hatten schon früher Gelegenheit, uns mit Herrn Krohne auseinanderzusetzen zu müssen. Herr Rehl von der Deutschen Bank hat im vorigen Jahre in Düsseldorf durch die Empfehlung der Kapitalbeschaffung durch Substanzverkauf seine jetzt bei dem wichtigsten öffentlichen Objekt durchgeführte Unterstützung der Privatisierungskampagne durch das Bankkapital angekündigt. Wir haben auch keinen Zweifel darüber, daß die Zurückhaltung der amerikanischen Geldgeber eine verabredete ist, um die Privatisierung der VEW praktizieren zu können. Die „Vossische Zeitung“ weist selbst darauf hin, daß es höchwahrscheinlich ist, daß die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke, denen der Schwerindustrielle Generaldirektor Köppchen vorsteht, später vom Bankenkonzern die 60 Millionen jungen Aktien übernehmen soll.

Nach allem, was man von den elektropolitischen Durchdringungsabsichten amerikanischer Elektrokonzerne weiß, ist es höchwahrscheinlich, daß eine Zusammenarbeit zwischen Herrn Rehl von der D. D. Bank, Herrn Köppchen von RWE, und amerikanischen Elektrolieferanten besteht. Das internationale und das deutsch-finanzkapital, sowie die Schwerindustrie der Ruhr, die das RWE beherrscht, haben sich also zusammengefunden, um den wichtigsten und mächtigsten Stein aus der öffentlich-kommunalen deutschen Elektrowirtschaft herauszubringen.

Dabei ist der heute zu beschließende Vertrag bewußt als seidene Schnur ausgezogen, um auch in der Zukunft den kommunalen Einfluß zu erdrosseln. Die den Banken garantierte Vorzugsdividende macht es den Kommunen unmöglich, aus ausgeschütteten Gewinnen etwa selbst wieder Aktien zu erwerben. Ferner ist von vornherein jedes Bezugsrecht der Kommunen für die jungen Aktien ausgeschlossen.

Wir machen die preussische Regierung, die gegenüber den bisherigen Anteilhabern des VEW Aufsichtsratsrechte wahrzunehmen hat, auf die Notwendigkeit aufmerksam, sofort gegen den Abschluß eines derartigen Vertrages ihr Veto einzulegen und die Vertreter der öffentlichen Hand im Aufsichtsrat auf ihre schwere Verantwortung hinzuweisen.

Ueberwindung der Wirtschafts- und Finanznot für erforderlich hält. Sie konnten hier nur in ihren Grundzügen gewürdigt werden. Es wird Aufgabe der nächsten Wochen sein, die Vorschläge im einzelnen genauer zu erörtern.

Die Richtlinien.

Die Richtlinien der Sozialdemokratie zur Wirtschafts- und Finanzlage haben folgenden Wortlaut:

I.

Die umfangreichen gesetzgeberischen Maßnahmen der Regierung haben die Finanz- und Wirtschaftslage nicht zu bessern vermocht. Die von dieser Regierung aufgestellten neuen Pläne führen zu weiteren ungerechten Belastungen und bedrohen das Wirtschaftsleben aufs neue mit Verminderung der Kaufkraft.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, obgleich in Opposition, sieht es daher als ihre Pflicht an, geeignete Wege zur Lösung der finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu weisen.

II.

Eine Senkung des Einkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten kann die Wirtschaft nicht beleben, sondern muß die Krise verschärfen.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage erfordert einen allgemeinen Abbau der Preise. Durch Anwendung der Kartellverordnung und durch sofortige Herabsetzung derjenigen Preise, die lediglich der Hochhaltung der Inlandspreise dienen, sind die Preise für Rohstoffe und Fertigerzeugnisse zu senken. Dabei hat der Abbau der Preise für Baustoffe eine besonders große Bedeutung. Zugleich muß jedoch durch den Abbau der hohen Zwischenhandelsgewinne, durch Befreiung der Ausnahmesteuer auf die Großhandelsfirmen, insbesondere die Konsumvereine, auch der Abbau der Preise im Kleinkauf gesichert werden.

Die wichtigste Aufgabe ist die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten.

Deshalb ist die sofortige Ratifikation der vorbereiteten Handelsverträge und des Genfer Abkommens über den Zollfrieden notwendig. Der Diskontsatz der Reichsbank ist zu senken und damit auch auf die Ermäßigung der Zinsen für langfristige Kredite hinzuwirken. Die produktive Erwerbslosenfürsorge und der Kleinwohnungsbau ist zu fördern durch Bereitstellung größerer Mittel aus der Hauszinssteuer. Alle Finanzierungsmöglichkeiten für den Straßenbau sind auszunutzen, die Post- und Fernsprechanlagen beschleunigt den Bedürfnissen entsprechend zu modernisieren, die Eisenbahnanlagen zu erneuern und das Eisenbahn- und Wegennetz auszubauen.

Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit macht die beschleunigte Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes unter Sicherung des Achtstundentages und stärkster Einschränkung der Überstundenarbeit erforderlich. Darüber hinaus ist angesichts der fortgeschrittenen Rationalisierung eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit durch internationale Vereinbarungen anzustreben.

III.

Zur Ueberwindung der Finanznot, die durch die schwere Wirtschaftskrise entstanden ist, müssen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Nur bei einem ausgeglichenen Haushalt kann die Pflicht der Allgemeinheit zur Fürsorge für die unerschütterlich notwendigen Volksschichten erfüllt werden. Die sozialen Verpflichtungen des Reichs müssen unangelaßt bleiben. Das gilt insbesondere von den Leistungen für die Arbeitslosen.

In der jetzigen Not ist äußerste Sparsamkeit bei allen öffentlichen Körperschaften unumgängliche Pflicht.

Wenn auch das finanzielle Ausmaß sofort wirksamer Ersparnisse begrenzt ist, so müssen doch die bestehenden Möglichkeiten restlos ausgenutzt werden. Dabei dürfen Verschlechterungen in der Fürsorge für die Kriegsoption oder bei sozialpolitischen Notwendigkeiten nicht eintreten.

Vor allem müssen die Ausgaben für militärische Zwecke erheblich gesenkt werden, ebenso die für den auswärtigen Dienst, für die hohen Pensionen und Gehälter und andere persönliche und sachliche Zwecke, die mit dem Ernst der Wirtschafts- und Finanzlage nicht im Einklang stehen. Auf Ruhegehälter und Wartegeld ist das sonstige Einkommen bei Ueberführung einer bestimmten Freigrenze anzurechnen. Wartegeldempfänger sind unter Gewährung der früheren Bezüge zur Uebernahme von zumutbarer Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu verpflichten. Durch alle diese Maßnahmen sollen sich erhebliche Teile des Fehlbetrags decken. Daneben sind einige größere Ausgabenposten entweder zeitlich zu verschieben oder vorübergehend durch Ueberweisung von Schuldzinsen auszugleichen.

IV.

Soweit mit diesen Mitteln eine volle Deckung des Haushalts nicht zu erreichen ist, muß sie durch neue Einnahmen herbeigeführt werden.

Entsprechend ihrer bisherigen Stellung verlangt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, daß in erster Linie die leistungsfähigen Volksschichten herangezogen werden. Am besten und gerechtesten kann das durch einen allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer auf die höheren Einkommen geschehen, dessen Höhe auf 10 Proz. festzusetzen wäre.

Nur wenn durch diesen Zuschlag zur Einkommensteuer die zur Sanierung der öffentlichen Finanzen und zur Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Leistungen notwendigen Mittel nicht voll aufgebracht werden können, ist daneben eine Heranziehung derjenigen Volksschichten nicht zu vermeiden, die der Gefahr der Erwerbslosigkeit nicht ausgesetzt sind. Selbstverständliche Voraussetzung ist jedoch, daß diese Abgabe zeitlich befristet wird, daß die kleinen Einkommen von ihr befreit werden und daß sie sozialen Ermäßigungen Rechnung trägt.

V.

Um den Zusammenbruch der Gemeindefinanzen durch die noch immer wachsenden Wohlfahrtsausgaben zu verhindern, müssen den Gemeinden die Ausgaben für die Arbeitsfürsorge abgenommen werden. Um zu vermeiden, daß wirtschaftsschädliche Steuerquellen erneut angespannt werden, ist eine nach der Ausstattung der Gaststätten zu stufende Schankverzehrssteuer einzuführen. Die als Bürgerabgabe bezeichnete Kopfsteuer ist abzulehnen. Die Gehaltsordnungen der Länder, Ge-

meinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts dürfen die Gehaltsätze der Reichsbediensteten nicht übersteigen.

VI.

Die Steuer- und Wirtschaftspolitik des Reichs muß dem Doppelzweck dienen, die Finanzen durch Sparsamkeit und gerechte Verteilung der unermesslichen Lasten in Ordnung zu bringen und die Wirtschaftskrise zu überwinden, was nur unter Aufrechterhaltung der Lebenshaltung und der Kaufkraft der breiten Massen möglich ist.

Eine Politik, die gegen diese Gesichtspunkte verläßt, wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf das entschiedenste bekämpfen.

Wo ist ein Finanzminister?

Und wie lange hält diese Reichsregierung noch?

Herr Dietrich hat gestern abend mit dem Reichskanzler Brüning verhandelt, und es heißt, daß er sich der Annahme des Finanzministerpostens weniger abgeneigt gezeigt habe, als sein Parteigenosse Höpfer-Aichoff. Die demokratische Reichstagsfraktion hält dagegen strikt daran fest, daß keines ihrer Mitglieder diese schwere Bürde übernehmen soll: eine Uebernahme des Finanzministeriums durch Dietrich wäre gleichbedeutend mit einem Konflikt zwischen Dietrich und seiner Fraktion.

Rakenjammer beim Bürgertum.

Die Sachsenwahl und der Kampf gegen den Marxismus.

In allen Betrachtungen der Berliner Presse über den Ausgang der Wahlen in Sachsen lehrt der Satz wieder: „Die Volkspartei hat die Quittung für ihre Politik dahin.“ Sie ist die Geschlagene dieses Wahlkampfes. Mag auch der Verlust der Deutschnationalen an die Nationalsozialisten noch größer sein — im Vordergrund des Blickfeldes ist überall die Deutsche Volkspartei.

Sie hat sich in Thüringen mit den Nationalsozialisten verbündet — dafür ist sie in Sachsen von den Bundesgenossen zusammengehauen worden. Sie hat in Sachsen unentwegt die Parole verkündet: Nieder mit dem Marxismus, und nun liegt sie zerschunden am Wege wie Don Quixotte nach seiner Attacke auf die Windmühlen, während „der Marxismus“ fest und unerschütterlich daheilt. Das kommt davon!

Die Presse der Demokraten und des Zentrums rechnet der Volkspartei ihr Schuldkonto vor — und ganz unverhohlen spricht aus allen diesen Betrachtungen Schadenfreude und Genugtuung darüber, daß die Partei der Krisentreiber nun selbst in eine sehr ernste Krise geraten ist.

Ueberhaupt hat sich die bürgerliche Presse — abgesehen von einigen dummen deutschnationalen Blättern hugenbergischer Färbung im Lande, die das Wahlergebnis als deutschnationalen Erfolg aufzufrisieren bemühen — in der Kritik des Wahlergebnisses einer ungewöhnlichen Offenheit befleißigt. Die Niederlage der alten bürgerlichen Parteien ist eben von jenem Ausmaß, das keinerlei Beschönigung mehr gestattet. „Der Marxismus“ sollte von den Nationalsozialisten dezimiert werden — aber der Schuß ist nach hinten losgegangen und hat die bürgerlichen Parteien getroffen — dieser Schlußfolgerung kann sich nicht einmal die Berliner Hugenberg-Presse entziehen.

Der Gesamteindruck, den die bürgerliche Presse nach der Sachsenwahl heilt, zeigt, wie schwer das Wahlergebnis die alten bürgerlichen Parteien erschüttert und wie groß der Rakenjammer über diesen Ausgang der Marxisstöterei ist!

Die Sorgen der Volkspartei.

Köln, 23. Juni. (Eigenbericht.)

Der Wahlausgang in Sachsen veranlaßt die volksparteiliche „Kölnische Zeitung“ zu einer Betrachtung über die Schuld der Volkspartei an ihrem Zusammenbruch, der wir folgendes entnehmen:

„Nicht allein die Finanzpläne Moldenhauers haben der Deut-

sch Volkspartei Abbruch getan, ihre Frontstellung gegen den Nationalsozialismus setzte viel zu spät ein und war im übrigen, was die Zukunftspäne anging, nicht klar genug, zumal die thüringischen Parteifreunde seelenruhig unter dem Kommando Bricks bleiben durften. Es mutet wie Ironie an, wenn die Deutsche Volkspartei in ihrem letzten Flugblatt verkündet, sie selbst sei es gewesen, die die Große Koalition um der Wirtschaftspartei willen verhindert habe. Gerade umgekehrt hätte die Parole lauten müssen: Bürgerliche Sammlung und Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie. Diese Wahlen hätten niemals erfolgen dürfen, das ist die große Lehre des 22. Juni. Die Sozialdemokratie war vor der Bildung des Kabinetts Schief für eine Koalition zu haben, und eine solche Koalition wäre nicht einmal unter partiellistischen Sinne geworden, wenn man nur geschäft operiert hätte. Für eine neue Regierungsabteilung bleibt nur eine Verbindung des Bürgertums (Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Demokraten, Volksnationale Reichsvereinigung) mit der Sozialdemokratie übrig, die schon ohne Volksdienst und Aufwärtler eine tragfähige Mehrheit — 55 : 41 — bringt, wobei anzunehmen ist, daß auch die Aufwärtler nicht latentlos dabei stehen wollen. Eine sehr ernste Warnung jedoch möchten wir an die sächsischen Instanzen der Deutschen Volkspartei, vor allem aber auch an die Reichsleitung dieser Partei richten, nämlich die Warnung, den Freisloos Sachsen unmittelbar oder mittelbar an die Nationalsozialisten auszuliefern. Die Partei weiß, welchen Tendenzen Hitler seinen Erfolg verdankt, und sie weiß auch, wie es in Thüringen aussieht.“

Hakenkreuz will regieren.

Das Nationalsozialistische Hauptorgan, der „Völkische Beobachter“, erklärt zum Ereignis der Landtagswahlen in Sachsen: Die beherrschende Stellung der Nationalsozialisten sei unbestritten. Die bürgerlichen Parteien seien gezwungen, mit den Nationalsozialisten zusammen die Regierung zu bilden. Es sei selbstverständlich, daß aus dieser Konstellation für die Regierungszusammensetzung die Forderungen gezogen werden müßten. Die Nationalsozialistische Partei werde die Führung der Regierung und vor allem das Innenministerium beanspruchen. Sachsen sei das zweite Land, das jetzt nach Thüringen unter nationalsozialistischem Einfluß komme. Die mitteleuropäische Barriere sei im Aufbau begriffen. Von dieser Grundtendenz aus werde über kurz oder lang der Vormarsch angetrieben und die Eroberung des Reichs verwirklicht werden. Nun sei Bayern an der Reihe.

Auch eine Sonnenwendfeier.

Mit Knüppeln, Bierflaschen und Zaunlaten.

Köln, 23. Juni.

Am Samstag und Sonntag fanden hier Kundgebungen der Nationalsozialisten aus dem Mittelrheingebiet statt. Im Anschluß an eine Sonnenwendfeier, die am Samstagabend auf der sogenannten Schmittenhöhe bei Koblenz veranstaltet wurde, kam es zu schweren Zusammenstößen in der kleinen Ortschaft Hordheim, in deren Verlauf zwei Personen schwer und etwa zehn Personen leicht verletzt wurden.

Die Streikfronten nahmen ihren Anfang, als ein Trupp Nationalsozialisten mit aufgerollter Fahne eine Wirtschaft in Hordheim mit dem Ruf „Heil Hitler“ betrat. Mit den in der Wirtschaft anwesenden Gästen, darunter Mitgliedern eines sozialdemokratischen Gesangsvereins, kam es dann zu heftigen Zusammenstößen, in deren Verlauf einer der Nationalsozialisten schwere Verletzungen erlitt. Sonntagmorgen geriet dann ein großer Trupp Nationalsozialisten mit den Bürgern des Ortes zusammen, es entwickelte sich eine schwere Kollaterale, an der etwa 100 bis 150 Personen beteiligt waren. Die Fensterhebeln verschiedener Häuser wurden mit schweren Steinen eingeworfen. Die Gegner gingen mit Knüppeln, Bierflaschen, Steinen, Zaunlaten usw. aufeinander los. Ein aus Koblenz herbeigerufenen Kommando der Schutzpolizei war zunächst zu schwach, um etwas ausrichten zu können. Erst als Verstärkung eintraf, konnten die Gegner auseinandergebracht werden. Verschiedene Personen wurden zwangsgestellt.

Ein Stahlhelmer schwer verletzt.

Schwetzn, 23. Juni.

In Brohlstorf bei Boizenburg wurde am Sonntagmorgen ein Stahlhelmsoldat von sieben Kommunisten auf offener Straße überfallen und schwer verletzt. Der Ueberfallene erhielt verschiedene Messerschläge am Kopf. Sein Zustand ist bedenklich.

Hugo Stinnes wieder vor Gericht.

Die Kriegsantleihschuldungen in zweiter Instanz.

Am 24. Juni erscheint Hugo Stinnes Jr. zum zweitenmal vor Gericht; mit ihm sein früherer Sekretär Waldow, sein Direktor Rothmann und die übrigen Mitangeklagten aus dem Kriegsantleihschuldungsprozess. Die Staatsanwaltschaft hat sich mit dem Freispruch Hugo Stinnes, Rothmanns, Hirschs und mit den milden Urteilen gegen Waldow und Groß — je drei Monate Gefängnis —, nicht zufrieden gegeben. Sie ist nach wie vor der Ansicht, daß Stinnes über alle Einzelheiten, unter denen Kriegsantleihschuldungen in Kriegsantleihschuldungen umgewandelt werden sollte, von seinem Sekretär Waldow unterrichtet worden war.

Das Gericht erster Instanz hat sich nicht den Standpunkt der Staatsanwaltschaft zu eigen gemacht, Stinnes habe sich mit Ausländern verbunden, um das Deutsche Reich zu schädigen, und hierdurch einen Mangel vaterländischen Empfindens gezeigt, der im Augenblick der Notlage des deutschen Volkes ganz besonders erschwerend ins Gewicht falle. Das Gericht hat wohl angenommen, daß Stinnes allerdings im Mai 1927 bereits den betrügerischen Charakter des Geschäfts erkannt, daß jedoch Waldow nach diesem Zeitpunkt ohne Wissen und Willen seines Chefs die Angelegenheit weiter getrieben habe. Das ganze Verhalten Hugo Stinnes — sagt die Urteilsbegründung —, habe nicht den Gepflogenheiten eines ehrbaren Kaufmanns entsprochen und das Gericht habe erheblichen Verdacht, daß er schon von Anfang an böswillig gehandelt habe. Die letzte Gewissheit dafür habe es sich aber nicht verschaffen können. Gestügt es der Staatsanwaltschaft diesmal, diesen letzten Zweifel des Gerichts zu zerstreuen, so dürfte Stinnes dem Gefängnis kaum entgehen.

Berufungsverhandlungen sind für Angeklagte in der Regel von Vorteil; das öffentliche Interesse wendet sich ihnen nicht in dem Maße zu wie den Prozeß der ersten Instanz. Der Ausgang des Prozesses kann im Augenblick nicht vorausgesagt werden. Eins ist jedoch klar: eine moralische Rehabilitierung wird Stinnes dabei nicht erfahren.

Fort mit Pilsudski!

Heute Oppositionskongress in Krakau.

Die polnischen Parteien des Zentrums und der Linken haben eine überaus scharf gegen das gegenwärtige Regierungssystem gerichtete Entschliebung gefaßt. In diesem Schriftstück, das Auftakt zum Krakauer Oppositionskongress am 24. Juni ist, heißt es:

Der polnische Staat befindet sich in einer schweren staatspolitischen und wirtschaftlichen Krise, die eine Katastrophe heraufzubeschwören droht. Die Regierung ist nicht imstande, die Krise zu überwinden, schaltet aber gleichzeitig das Parlament aus, wodurch die staatliche Wirtschaft empfindlichen Schaden erleidet.

Der Sejm ist nicht das Hindernis für die Besserung der Verhältnisse, da er bereit ist, seine Pflicht zu erfüllen. Die Regierung allein ist verantwortlich für die Staatskrise und für die Katastrophe der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land.

Der gegenwärtige Zustand einer tatsächlichen Diktatur Joseph Pilsudskis, bei gleichzeitiger scheinbarer Aufrechterhaltung eines Parlaments,

ist in sich widerspruchsvoll und kann ohne Katastrophe für den Staat nicht länger aufrecht erhalten werden. Bekannt ist die Aeußerung Pilsudskis, daß er alle drei polnischen Sejms am Arbeiten gehindert hat; dies müsse jedermann mit Entsetzen erfüllen. Mit Bedauern muß noch festgestellt werden, daß sich dieser Aktion der Lohnsetzung von Sejm und Senat auch das Staatsobershaupt angeschlossen hat. Angesichts dessen muß der

Rücktritt der diktatorischen Regierung Joseph Pilsudskis und die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung,

die gemeinsam mit dem Parlament den Kampf gegen die Wirtschaftskatastrophe und das Elend der arbeitenden Bevölkerung von Stadt und Land aufnehmen kann, gefordert werden.

Diese politische Erklärung der sechs oppositionellen Parteien wird von der gesamten Oppositionspresse der Linken und auch der Rechten an leitender Stelle wiedergegeben. Die Regierungspresse, die dem Manifest nur wenige meist abfällige Zeilen widmet, erhebt dabei gegen die Opposition den Vorwurf der Demagogie, und der Sehnacht nach der Macht.

Thronbesteigung Ottos?

Monarchistenvorbereitungen in Brüssel.

London, 23. Juni. (Eigenbericht.)

Die englischen Montagszeitungen berichten aus Brüssel, daß zahlreiche ungarische Monarchistenführer bei der in Belgien wohnenden Exkaiserin Zita eingetroffen seien, um die Thronbesteigung ihres 18jährigen Sohnes Otto als König von Ungarn vorzubereiten.

Ungarisches Dementi.

Budapest, 23. Juni. (M.B.)

Zu den Nachrichten über eine bevorstehende ungarische Königsmache wird an zuständiger Stelle erklärt, daß alle Gerüchte und Kombinationen, die mit dieser Frage im Zusammenhang stünden, so z. B. auch die Rolle, die man italienischen Militärs bei der Restauration zuschreibe, in vollem Umfange Erfindungen seien. Der Ministerpräsident habe bei seinem Aufenthalt in London wiederholt betont, die Königsfrage in Ungarn sei nicht aktuell. Der Standpunkt der ungarischen Regierung in dieser Frage habe sich nicht geändert und alle Gerüchte, die mit der Restauration in Ungarn zusammenhängen, könnten daher nur tendenziösen Zwecken dienen.

Kommunistenprozesse.

Budapest, 23. Juni.

Der Staatsgerichtshof begann die Verhandlung der ersten Gruppe der Kommunistenprozesse, in denen 106 Personen unter Anklage stehen. Es standen der Privatbeamte Ladislous Schilling und 33 Mitangeklagte vor Gericht, die beschuldigt waren, im Auftrag der Wiener kommunistischen Zentrale den Versuch gemacht zu haben, in Ungarn kommunistische Zellen zu organisieren. Der Staatsanwalt beantragte den Ausschluß der Öffentlichkeit. Mittwoch wird der Gerichtshof seine Entscheidung darüber verkünden.

Frankreichs Rüstungswahnsinn.

Renaudel warnt.

Paris, 23. Juni. (Eigenbericht.)

Der sozialistische Abgeordnete Renaudel protestiert im „Populaire“ gegen die ungeheuer wachsenden Militärausgaben Frankreichs.

Neun Jahre lang — so erklärte Renaudel — habe man im Budget alljährlich Hunderte von Millionen für laufende Armeekosten verausgabt. Vor kurzem habe man 3,5 Milliarden Franken bewilligt für neue Festungsbauten (1 Milliarde Franken gleich 160 Millionen Mark, Red. d. „B.“). Dehl verlange Lardieu eine neue Milliarde, um die erschöpften Materialbestände wieder aufzufüllen. Dabei erkläre er gleichzeitig, daß im Laufe der nächsten Jahre nicht weniger als 10,5 Milliarden für die notwendigen Ergänzungen der französischen Rüstungen erforderlich seien. Man müsse sich fragen, wo diese Rüstungspolitik hin führen solle. Gewiß sei es nicht zu leugnen, daß „gewisse Diktaturen eine wahre Kriegsgefahr bedeuten“, aber deshalb könne man doch nicht vom Parlament verlangen, daß es die neuen Milliardenkredite wortlos und mit geschlossenen Augen genehmige. Schon jetzt habe sich herausgestellt, daß man der öffentlichen Meinung die

Wahrheit über die Kriegskosten bei den Feldzügen in Marokko und Syrien insofern verheimlicht

habe, als man die Brandschagung der Materialbestände erst jetzt zugestehende. Was habe man mit der neuen Rüstungspolitik vor? Beabsichtige man etwa nachträglich die einjährige Dienstzeit, jene teuer genug erlämpfte Reform, wieder aufzugeben? Paul Boncour sei einst in der Abrüstungskommission des Völkerbundes im Namen Frankreichs für einen allgemeinen Rüstungsstillstand eingetreten. Wolle man jetzt die entgegengesetzte Politik treiben und ein neues Rüstungswettrennen aufnehmen, das unfehlbar zu einem schmerzlichen Ende führen müsse?

Die Möglichkeit eines monarchistischen Staatsstreiches in Ungarn — so schließt Renaudel — werde momentlich von den bürgerlichen Blättern in Paris genau so wahlwollend behandelt, wie die Rückkehr Carols nach Rumänien. Die nationalistiche „Liberté“ bringe es sogar in paradoxen Widerspruch zu ihrer sonstigen völkerbundlichen und patiföndlichen Politik fertig, den Regierungen von Prag, Belgrad und Bukarest die wohlmeinende Warnung zu erteilen, daß sie gegen den Kellogg-Pakt verstoßen, wenn sie gegen Ungarn marschieren würden.

Hoppe, hoppe, Reiter!



Wie gern trägt Papa Hugenberg
Als Hottebü den Hitlerweg.

Allein — die Sache ist verbergt:
Der Hitlerknabe wächst und wächst.

So seltsam endet manchmal
Ein Bündnis. — Siehe Sachsentwahl!

Bedächtigend wird sein Gewicht
Das Hugenpferdchen schafft es nicht.

Zu Boden sinkt es siech und matt,
Der feiste Reiter drückt es platt.

Wird Spanien Republik?

Sensationelle Verhandlungen zwischen König Alfons und Santiago Alba.

Auf der Durchreise nach London hatte König Alfons von Spanien in Paris längere Besprechungen mit dem führenden Politiker Santiago Alba, dem er die Bildung der Regierung anbot. Anscheinend fühlt er, daß es mit seinem Freunde Berenguer nicht mehr viel länger weitergeht.

Alba soll sich nun, nach einem Bericht des „Temps“, zu der Regierungübernahme unter der Bedingung bereit erklärt haben, daß nicht nur eine völlig demokratisch-parlamentarische Verfassungsreform gewährleistet, sondern auch ausdrücklich erklärt werde, daß

falls die Wahlen eine republikanische Mehrheit ergeben, der jetzige König Präsident auf Lebenszeit werde.

Er könne aber die Bildung des Kabinetts nur dann übernehmen, wenn er sich auf die Kräfte der Linken stützen könne und auch die Republikaner und Sozialisten in die Regierung eintreten.

Das sensationelle Ergebnis dieser Aussprache war nun, immer dem „Temps“ zufolge, der diesen Tag als den wichtigsten in der spanischen Geschichte seit 55 Jahren nennt, daß sich

König Alfons mit den Vorschlägen und Bedingungen Santiago Albas einverstanden erklärte.

Eine in der gestrigen französischen Abendpresse veröffentlichte längere Erklärung Albas über seine Unterredung mit Alfons und über seine Verfassungspläne ist mit ausdrücklicher Zustimmung des Königs erschienen.

Demnach würde dieser erkannt haben, daß sein Kampf für die Erhaltung der Monarchie aussichtslos ist und er würde sich also mit der Republik abfinden, zumal ihm selbst darin die Rolle des Staatsoberhauptes zufiele. Da der taubstumme Kronprinz sowieso nicht für den Thron in Frage kommt, wäre das für Alfons noch die relativ beste Lösung, ganz abgesehen von der Gefahr einer Verjagung durch eine gewalttätige Revolution.

Senatsauschuß für Flottenpakt.

Niederlage der amerikanischen Rüstungsfanatiker.

Washington, 23. Juni.

Der Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten hat dem Londoner Flottenpakt mit 16 gegen 4 Stimmen zugestimmt.

Das Ägypterparlament trotzt.

Sitzung ungeachtet der Verlagerung.

London, 23. Juni.

Trotz der Verlagerung des ägyptischen Parlaments um einen Monat durch die ägyptische Regierung haben sich am Montag Mitglieder des Senats und der Kammer zu einer verabredeten Zeit vor dem Parlamentsgebäude versammelt und, indem sie eine Polizeikette durchbrachen, sich den Eintritt in das Parlament erzwungen. Die Mitglieder hielten dann eine Sitzung ab, die etwa eine halbe Stunde dauerte.

Eine wohl ägyptisch-öffentliche Meldung besagt dagegen: Der Präsident der Kammer hat es abgelehnt, der Regierung die Zustimmung zu geben, daß nach Verlesung des Verlagerungsdekrets Reden in der Kammer nicht mehr gehalten werden. Die Regierung hat daraufhin beschlossen, die für Nachmittag anberaumte gemeinsame Sitzung der Kammer und des Senats zu verbieten. Ein starkes Polizeiaufgebot hat die Deputierten am Betreten des Hauses verhindert.

Freiheit von England.

Indien bereit für eine „Übergangsperiode“.

London, 23. Juni. (Eigenbericht.)

Der indische Berichterstatter des „Daily Herald“ hatte eine Unterredung mit Nehru, dem gegenwärtigen Präsidenten des indischen Nationalkongresses. Nehru erklärte, daß sich die anglo-indische Regierung täuschen werde, wenn sie glaubt, durch Gewalt die Boykottbewegung und die Gesetzesübertretungen niederzuschlagen und verhindern zu können. Ueber die kommende anglo-indische Konferenz befragt, erklärte Nehru, nur bei der Zusicherung, daß die Konferenz den Zweck habe, ein „freies Indien“ zu schaffen, wäre er bereit, nach London zu gehen. Jergendwelche leeren Versprechungen über Dominionstatus und ähnliches mehr würden ihn dazu bewegen können, an der Konferenz teilzunehmen. „Wir müssen Herren in unserem eigenen Hause bleiben“, erklärte der Stellvertreter Gandhi, „aber wir sind bereit, vernünftige Vorschläge für eine Übergangsperiode anzunehmen, in der die Regierungsgewalt und die Verwaltung aus den britischen Händen in indische Hände übergehen könne. Wir müssen in London mit dem britischen Volk von Nation zu Nation und auf gleichem Fuße verhandeln können. Nicht einmal die große Autorität Gandhis ist heute imstande, dem indischen Kongress eine Teilnahme an der Londoner Konferenz empfehlen zu können, wenn nicht die Freiheit Indiens von England zugesichert und eine Verabreichung für die Verhandlung gegeben wird.“

Britische Kolonialkonferenz.

London, 23. Juni. (Eigenbericht.)

In London ist am Montag die britische Kolonialkonferenz zusammengetreten. Ihre Dauer ist auf drei Wochen berechnet. 36 Kolonien, Mandatsländer und Protektorate sind vertreten. Sie umfassen zwei Millionen Quadratmeilen Land und eine Bevölkerung von 500 Millionen Menschen. Sidney Webb (Lord Passfield), der die Tagung eröffnete, erklärte, daß das Wohl der eingeborenen Bevölkerung an der Spitze aller Betrachtungen stehen müsse.

Baldwin lehnt Mitarbeit ab.

Machonald erklärte am Montag im Unterhaus, Baldwin habe ihm brieflich mitgeteilt, daß die Konservativen es ablehnten, in ein gemeinsames Komitee zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzutreten. Die Beratungen mit den Liberalen werden in den nächsten Tagen aufgenommen.

Finanzausgleich in Preußen.

Abschlußberatung im Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages brachte am Montag die Vorberatung des preussischen Finanzausgleichs mit einer eingehenden Aussprache über die Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer zum Abschluß. Annahme fand ein Antrag, monach Berlin aus der Kraftfahrzeugsteuer ein Voraus von 1,5 Millionen Mark erhalten soll. Abgelehnt wurden dagegen die Anträge, monach auch Ostpreußen und die Grenzmark Posen-Westpreußen Vorausbeträge erhalten sollten.

In der Gesamtverteilung muß Berlin 0,50 Proz. abgeben, die für die Rheinprovinz und Westfalen Verwendung finden sollen. Der Betrag für die Rheinprovinz wurden von 16,5 auf 16,9 Proz. erhöht, der für Westfalen von 3,25 auf 3,35 Proz. Insgesamt erhält Berlin statt 2,3 rund 3,5 Millionen Mark. Schließlich fand auch ein Antrag des Zentrums Annahme, monach für den Haushalt 1931 die Mehrgalt von 60 auf 50 Schulkinder herabgesetzt werden soll.

Mazedonier-Razzia.

Bulgarische Regierung sucht Ruhe zu schaffen.

Sofia, 23. Juni.

Am Sonnabend und Sonntag umstellte die Polizei die Häuserviertel, in denen bekannte Mazedonier wohnen, und nahm an Hand vorbereiteter Listen eine Durchsuchung der Wohnungen vor. Mehrere angesehene Mazedonier, darunter Mitglieder des legalen Nationalkomitees und ehemalige Abgeordnete, wurden verhaftet. Der Präsident des Nationalkomitees legte sofort beim Innenminister Protest ein, worauf einige Verhaftungen rückgängig gemacht wurden. Gleichzeitig wurden ähnliche Polizeirazzien in Petritsch und Kistenbil durchgeführt. Die Razzia sollte alle ruhestörenden mazedonischen Elemente aus den Grenzgebieten entfernen. Man suchte besonders nach den Mitarbeitern Iwan Michailoffs, nach Chatroff und Drangoff, die aber nicht ergriffen wurden.

Wir müssen aus der Finanzmisere heraus!

Der Kampf um Berlins Etat / Neue Steuern gegen wen? / Von Erich Flatau.

Sensationell aufgemachte Berichterstattungen über die „Berliner Skandale“ haben die Hauptstadt der deutschen Republik seit Monaten in den Mittelpunkt kritischer Erörterungen gestellt, die zum Teil bisartig übertrieben wurden. Hierdurch ist für Außenstehende ein klares Urteil über die wirtschaftlichen Vorgänge und die finanziellen Erfordernisse Berlins sowie über Art und Umfang der notwendig gewordenen Sanierungsarbeit auf das allerstärkste beeinträchtigt worden. Mit Recht hatte der stellvertretende Stadtkämmerer bei der Einbringung des Berliner Etats für 1930 im April dieses Jahres darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen in dem im üblichen Sinn „berühmt“ gewordenen Ausschusse des Preussischen Landtags und Ueberschriften der Berliner Boulevard-Presse, wie „Berlins Bankrott“, „Ausverkauf Berlins“ usw., unangenehme Wirkungen haben werden für die Berliner Steuerzahler, die diese Schlagzeilen aus ihrem Portemonnaie mit Millionen mehr Zinsen in den kommenden Jahren zu bezahlen haben würden.

In rund vierzig Sitzungen, die die Arbeitskraft der Teilnehmer bis zur äußersten Grenze der physischen Leistungsfähigkeit beanspruchten, hat der Haushaltsausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung in zwei Besessungen die Beratungen des Etats für 1930 zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Die endgültige Entscheidung wird erst im Plenum der Berliner Stadtverordnetenversammlung fallen können. In diesem Augenblick erscheint es angebracht, einen zusammenfassenden Ueberblick über die gegenwärtige Etat-Situation zu geben.

Die Ordentliche und Außerordentliche Verwaltung schließt 1930 im Berliner Etat mit einem Betrage von rund 1150 Millionen ab gegen rund 1138 Millionen im Jahre 1929. Auf die Ordentliche Verwaltung entfallen nach den Grundlagen, die die ursprünglichen Vorschläge des Magistrats zeigen, 1105 Millionen (gegen rund 976 Millionen im Jahre 1929), auf die Außerordentliche Verwaltung rund 45 Millionen (gegen rund 162 Millionen im Jahre 1929). Wenn man beim Ordentlichen Bruttohaushalt die sich selbst erhaltenden zentralen Betriebe außer Betracht läßt, so ergibt sich eine Ausgabenhöhe von rund 1 Milliarde gegen 900 Millionen im Vorjahre. Die Reduzierung der Mittel im diesjährigen Außerordentlichen Haushalt ist zurückzuführen auf die geänderte Annahme,

daß mit Anleihen als Deckung wieder nicht zu rechnen ist,

und ferner darauf, daß das Unerwartendste an Bauten und dergleichen (das im Vorjahre auch nach in den Zahlen der Außerordentlichen Verwaltung enthalten war), in die Ordentliche Verwaltung für 1930 übernommen werden mußte. Eigentliche Neubauten konnten aber im Haushalt 1930 gar keine Berücksichtigung finden. Es handelt sich lediglich um die Fortsetzung und Beendigung schon begonnener, dringend erforderlicher Bauten.

Rechtliche Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung bei der Beratung des Nachtrags Etats für 1929 ist der Fehlbetrag des Jahres 1929 mit 36 Millionen in den Haushalt für 1930 eingestellt worden. 5 Millionen von den ursprünglich vorgesehene 41 Millionen dieses Fehlbetrages sollen durch die Mehreinnahmen aus der Tarifserhöhung für Gas, Wasser und Strom im Januar bis März 1930 gedeckt werden. Außerdem ist im diesjährigen Etat auch noch der Fehlbetrag des Jahres 1928 mit rund 8,5 Millionen aufgeführt. Insgesamt müssen also aus den Vorjahren im Jahre 1930 44,5 Millionen gedeckt werden.

Die gesamten kurzfristigen Schulden der Stadt Berlin betragen am 31. Januar 1930 535 Millionen, am 31. März 511 Millionen. Die schwebende Schuld der Kammereverwaltung hatte am 31. März 1930 die Höhe von 262 Millionen (äußere Schuld rund 207 Millionen, innere Verschuldung rund 55 Millionen). Die städtischen Gesellschaften schuldeten der Kammereverwaltung am 31. März rund 260 Millionen.

Die Kammereverwaltung Berlins könnte nun sich also sagen, daß sie selbst keine schwebende Schuld hätte, wenn sie nicht durch Verfehle und Werke zwangsweise zu diesen Ausgaben veranlaßt worden wäre.

Das zeigt, daß Berlin, wenn man die außerordentlichen Aufgaben berücksichtigt, die es als Hauptstadt des Reiches und als Biermüllstadt zu lösen hat, einen Vergleich mit anderen deutschen Städten sehr gut aushalten kann, auch mit solchen Städten, deren Leistungen gelegentlich in nicht sehr vornehmer Weise die Wirtschaftsführung und Finanzgebarung Berlins kritisieren.

Bei den laufenden Ausgaben in Höhe von rund 976 Millionen (1929 rund 864 Millionen) fallen die Ausgaben und Mehrausgaben bei der Kapital- und Schuldverwaltung und vor allem bei der Wohlfahrt ins Gewicht. Die Mehrausgaben bei dem ersten Kapitel betragen allein rund 32 Millionen, bei dem letzten Kapitel rund 43 Millionen. In dem Mehrbetrage der Kapital- und Schuldverwaltung von rund 32 Millionen sind 8 Millionen enthalten für die Rückzahlung eines besonderen Kredites, rund 6,5 Millionen für ein Mehr der Verzinsung von Kassenkrediten, rund 3,5 Millionen mehr als Anleihe, Schuldentilgung und Verzinsung. Für die Verzinsung der schwebenden Schulden kommen rund 9 Millionen in Betracht, ein Mehrbedarf von 2,5 Millionen ergibt sich durch die infolge der Grundstücksäufe in den letzten Jahren neu hinzugekommenen Goldmark-Hypotheken und durch Aufwertungen.

Die Mehraufwendungen auf dem Gebiete der Wohlfahrt mögen dem Außenstehenden vielleicht doch erscheinen. Das gesamte Gebiet der Wohlfahrt beansprucht nach dem ursprünglichen Vorschlag des Magistrats rund 252 Millionen an laufenden und einmaligen Ausgaben, wobei für die letzteren nur rund 1 Million in Betracht kommt. Diese Zahlen werden aber meist gehend beeinflusst durch die katastrophale Wirtschaftslage. Die gegenwärtige Erwerbslosigkeit Berlins liegt weit über den schon außerordentlich ungünstigen Zahlen des wirtschaftlichen Krisenjahres 1926. Dies spiegelt sich vorzugsweise natürlich in den Zahlen des Wohlfahrts-Etats wider. Die Stadt Berlin hat auf dem Gebiete der Wohlfahrt eine sogenannte Berliner Wohlfahrtsaktion durchgeführt.

Sie hat eine besondere Erwerbslosenhilfe gewährt.

Diese sollte vorzugsweise den Gruppen von Arbeitnehmern zugute kommen, bei denen man nach der Art des Berufes und der Marktlage annehmen konnte, daß sie bald oder in einigermaßen abseh-

barer Zeit wieder ihren Beruf ausüben könnten. Man berücksichtige hierbei auch die qualifizierten Berufe, die einen besonderen Wert für die Gesamtwirtschaft bedeuten. Man möge diese Berufsangehörigen von den unangenehmen psychologischen Wirkungen der reinen Wohlfahrtspflege befreien. Durch die Anwendung etwas erhöhter Unterstützungsmittel sollten ihre Arbeitskraft und ihre Lebensenergie erhalten werden. Jeder Mensch mit volkswirtschaftlichem und sozialem Verständnis wird diese Maßnahme Berlins günstig beurteilen. Sie ist dennoch außerhalb Berlins und sogar auch innerhalb der Berliner Stadtverordnetenversammlung Gegenstand von Angriffen gewesen. Wenn man nun aber die finanziellen Wirkungen dieser besonderen Maßnahmen wegfallen lassen wollte, so würde sich keineswegs eine im Rahmen des Berliner Etats irgendwie ins Gewicht fallende zahlenmäßige Erleichterung ergeben. Die genannten Gruppen, für die die Nationalaktion vorzugsweise gedacht ist, würden im Rahmen der sogenannten „gehobenen Fürsorge“ pflichtgemäß von der Stadt Berlin zu betreuen sein. Der Unterschied zwischen den sich hierdurch ergebenden Beträgen und den bisherigen Aufwendungen ist so gering, daß man im besonderen mit Rücksicht auf die schon erwähnten psychologischen Wirkungen sich hüten sollte, hier eine Aenderung eintreten zu lassen.

Wenn dieser Punkt in dieser allgemeinen Betrachtung besonders erwähnt wurde, so geschah es, weil er allerorts neben der Art der Steuererhebung Berlins immer wieder die Voraussetzung für die heftigsten Kritiken an der Berliner Finanzgebarung abgibt.

Bei den Steuererhebungen ist zunächst zusammenfassend hervorzuheben, daß der Berliner Etat mit einem Defizit von rund 64 Millionen abschloß. Dieses Defizit hat sich seit der Einbringung des Etats im April 1930 bis zu seiner vorläufigen Verabschiedung im Juni 1930 noch erhöht dadurch, daß die schon erwähnte Berliner Kostensaktion eine weitere Mehraufwendung von 15 Millionen Mark verlangte, zu denen ein erhöhter Anteilbetrag von 4,5 Millionen Mark bei der Krisenfürsorge trat. Es war also zuletzt ein Defizit von 83,5 Millionen Mark zu decken. Während der Etatberatungen sind noch einzelne Erhöhungen auf der Ausgabenseite erfolgt, wie auch solche auf der Einnahmenseite. Nachträgliche Ausgaben- und Einnahmeerhöhungen haben sich ungefähr die Waage gehalten, so daß hier ein

Plus an Einnahmen nicht erzielt werden konnte. Durch teilweise Herabsetzungen der Abgabebeträge der Werke (deren Leistungen natürlich sich hiergegen wenden), die aber wohl veranlaßt werden können, konnte eine Reduzierung des Defizits erreicht werden. Die bürgerlichen Fraktionen, die, vor allem, soweit die Deutschnationalen in Betracht kommen, die Etatgestaltung früherer Jahre stets kritisiert haben und in diesem Jahre einen „Etat der Wahrheit“ verlangten, haben in letzter Stunde noch eine Abgabe der Berliner Verkehrs-Gesellschaft an die Stadt Berlin in Höhe von 10 Millionen Mark in den Etat eingeleht. Hier handelt es sich um eine rein fiktive Zahl, die viel bedenklicher ist als die Zahlen, die in den vorangegangenen Jahren bei den Steuererhebungen in den Etat hineinkamen. Rechnet man diese gewaltsam hineingebrachten 10 Millionen mit, so ergibt sich eine Minderung des Defizits von 83,5 Millionen Mark um 88,6 Millionen Mark, so daß ein endgültiges Defizit von 44,9 Millionen Mark, also rund 45 Millionen Mark zu decken wäre.

Hierbei muß mit aller Deutlichkeit hervorgehoben werden, daß die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion sich nicht an einem Beschluß beteiligen kann, der trotz der eindringlichsten Warnung des Magistrats zur Herabminderung des Defizits rein willkürliche Zahlenfestsetzungen vorsieht, wie sie zum Beispiel bei dem 10-Millionen-Betrage der Berliner Verkehrs-Gesellschaft festzustellen sind.

Endgültig ist, wie schon oben bemerkt, über den Ausgleich, den die Steuern bringen sollen, im Haushaltsausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung nicht entschieden worden. Der Magistrat hatte neben anderen Steuern und neben den Beträgen aus Ueberweisungssteuern insbesondere vorgeschlagen eine Erhöhung der Gewerbesteuer von 425 Proz. auf 500 Proz., der Lohnsummensteuer von 1000 Proz. auf 1150 Proz. und der Grundvermögenssteuer von 200 Proz. auf 300 Proz. Der Staat Preußen hat kurz vor der Beendigung der Beratungen des Berliner Etats seinerseits eine gleiche Erhöhung der Grund-

Gutmanns Kopf gefordert

Das Prenzlauer Schöffengericht verkündet Todesurteil

Am Montag, kurz nach 6 Uhr nachmittags, verkündete das Schwurgericht Prenzlau folgendes: Der Angeklagte ist des Mordes schuldig. Er wird deshalb zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Ferner wird der Angeklagte wegen Urkundenfälschung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Unteruchungshaft als verbüßt zu betrachten sind. Von der Anklage der Urkundenfälschung in zwei weiteren Fällen wird er freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit nicht ein Freispruch erfolge, dem Angeklagten zur Last.

Prenzlau, 23. Juni.

Die letzte Sitzung im Gutmann-Prozess begann erst gegen 10 1/2 Uhr nachmittags.

Das Wort zu seinem Plädoyer erhielt Oberstaatsanwalt Dr.hardt. Er führte aus: Wir haben an dieser Stelle schon größere Prozesse miterlebt, viel kompliziertere als diesen. Worum hat gerade dieser Fall eine so ungeheure Sensation hervorgerufen? Weil der Angeklagte der Sohn angehewer Eltern ist, die in Berlin einen guten Ruf genießen und weil er selbst ein sogenannter Intellektueller ist, von dem im allgemeinen nicht angenommen werden kann, daß er eine so schwere Tat begeht. Die Schöffen mögen sich nicht von dem beeinflussen lassen, was vorher über diesen Fall in der Presse gestanden hat. Hier geht es nur um das, was Gegenstand der Hauptverhandlung war. Ueber die Person des Angeklagten hat die Hauptverhandlung nicht viel Günstiges erbracht, aber ich lehne es ab, von dieser Stelle aus einen Angeklagten mit Schmutz zu bewerfen. Seltener hat man weiterhin ein so widersprechendes Urteil über eine Frau gehört wie in diesem Prozeß. Die Familie Gutmann bezeichnet sie als einen Solen. Dagegen haben die Bürger aus Schwebel sie als sympathisch, still und lebenswürdig bezeichnet. Der Anklagevertreter erläuterte dann im einzelnen, weshalb der Angeklagte entgegen seiner Behauptung, daß er im Affekt gehandelt habe, die Tat mit Ueberlegung ausgeführt, also einen Mord begangen habe. Die Gründe, die ihn angeblich in eine sinnlose Wut versetzt haben sollen, seien nicht stichhaltig. In diesem Zusammenhang verwies der Oberstaatsanwalt auf die den Angeklagten schwer belastenden Momente, den Versicherungsabschluß.

Nach der Mittagspause plädierte der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Frey, Berlin. Er wandte sich zunächst in einer längeren Einleitung gegen die Ausführungen des Oberstaatsanwaltes und gegen den Antrag auf Verurteilung wegen Mordes. Das Gebäude der Anklage sei in ein Nichts zusammengefallen, und so sei die Furcht des Oberstaatsanwaltes begründet, daß man sich dessen entziehen könne, was früher alles über den Fall Gutmann behauptet und geschrieben worden sei. Er, der Verteidiger, hätte vielmehr erwartet, daß der Staatsanwalt bekannt hätte, er habe die Anklage erheben müssen, überlasse aber das Urteil der Entscheidung des Gerichtes, anstatt den Antrag auf Schuldig des Mordes zu stellen. Alles was der Staatsanwalt als Belastendes gegen ihn vorbringe, sei nicht auf Tatsachen aufgebaut, sondern es seien nur Konjekturen und Vermutungen, mit denen man sich anmaße, sich in die Seele eines sogenannten Gattenmörders hineinzuerheben. — Rechtsanwalt Dr. Frey ludie dann Punkt für Punkt die von dem Anklagevertreter vorgebrachten Widersprüchen zu widerlegen und schloß sein Plädoyer mit dem

Antrage, Gutmann des Mordes nicht für schuldig zu erklären.

Hierauf erhielt

der Angeklagte des letzte Wort.

Zum erstenmal in diesem Prozeß in bemerkenswerter Erregung und mit teilweise verlagender Stimme erklärte Gutmann: Ich bitte Sie nicht um Nachsicht und Milde. Ich weiß, daß ich Strafe verdient habe und bin bereit, mein Schicksal auf mich zu nehmen, aber eins möchte ich sagen: Verübeln Sie es mir nicht, wenn ich Ihnen kein Theater mache. Ein Mensch wie ich, der alles verloren hat, Existenz, Kinder, Heimat und Familie, kann kein Gefühl mehr heucheln. Wer mich früher gekannt hat, der spuckt mich jetzt an. Ihnen Theater vorzumachen, dazu bin ich zu stolz.“ Das Gericht zog sich hierauf zur Beratung kurz nach 4 Uhr nachmittags zurück.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß das Gericht sich zunächst die Frage vorgelegt habe,

ob der Angeklagte den Tod seiner Frau gewollt habe,

oder ob nur eine Körperverletzung mit ungewollt tödlichem Ausgang vorliege. Das Schwurgericht habe die Frage bejaht, der Angeklagte habe den Tod seiner Frau gewollt, er habe ihr den Kehlkopf eingedrückt, ihr die Schilddrüse zerbrochen und sie erstickt. Die zweite Frage, die das Gericht zu entscheiden hatte, war die, ob die Tat mit Ueberlegung durchgeführt worden ist. Das Gericht hat auch diese Frage bejaht. Der Angeklagte will seine Tat mit Affekt erklären. Das ist ihm nicht zu glauben. Das Gericht hatte sich dann mit der Frage nach den Motiven der Tat zu beschäftigen. Der Zweck seiner Handlungsmotive war, sich die Versicherungssumme zu verschaffen. Sein ganzes Verhalten nach der Tat spricht dagegen, daß er in einer Aufregung gehandelt hat. Diese angebliche Aufregung hat ihm das Gericht nicht geglaubt. Wer einen Vorgang so sorgfältig herrichtet, der handelt ruhig. Nach Ueberzeugung des Gerichtes ist diese Tat mit voller Ueberlegung ausgeführt worden, nachdem Gutmann sie zweifelsohne seit langem geplant hatte. Damit seien die Voraussetzungen des § 211 StGB erfüllt. Der Angeklagte habe sich des Mordes schuldig gemacht und sei deshalb mit dem Tode und dem dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu verurteilen gewesen.

Der Angeklagte hört das Urteil und keine Begründung ohne fichtliche Erregung und mit unbeweglicher Miene an. Als ihn der Vorsitzende darauf aufmerksam machte, daß ihm gegen dieses Urteil das Rechtsmittel der Revision zustehe, beugte er sich lächelnd zu seinem Verteidiger hinüber und besprach sich eifrig mit ihm. Gutmann blieb noch einige Minuten mit seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Frey, im Gespräch und mochte dabei die für ihn charakteristische Aeußerung: „Na, das ist ja nicht so schlimm, was kann mir schon passieren“. Dann ließ er sich ruhig abführen.

Wie wir hören, wird Rechtsanwalt Dr. Frey gegen das Todesurteil unverzüglich Revision beim Reichsgericht anmelden.

Das ideale Laxin Abführ-Konfekt

vermögenssteuer vorgenommen, durch die sich schon jetzt die Miete im Durchschnitt um 4 Proz. erhöht. Bei der Behandlung des Nachtragsplans in der Berliner Stadtratsversammlung am 30. Januar 1930 hat der Redner der sozialdemokratischen Fraktion im Einverständnis mit der Berliner Parteileitung auf Grund einer vorausgegangenen Stellungnahme des Berliner Bezirksparteitagess darauf hingewiesen, daß die sozialdemokratische Fraktion sich der Verantwortung bewußt ist, die sie durch die Gestaltung der früheren Etats der Stadt Berlin mitträgt. Er hat weiter ausgeführt, daß natürlich nicht auf der einen Seite verlangt werden kann, daß soziale und kulturelle Leistungen nicht abgebaut werden sollen und daß man auf der anderen Seite in bezug auf die Schaffung von Einnahmen nichts tun will, um diese sozialen und kulturellen Leistungen zu erhalten. Klar und deutlich ist damals noch dargelegt worden, daß Einnahmen ohne Steuern in der gegenwärtigen Situation undenkbar seien. Wörtlich wurde folgendes hinzugefügt:

„Wenn wir für die notleidende Bevölkerung auf soziale Gebiete Mittel zur Verfügung stellen wollen, dann müssen wir Einnahmen schaffen. Wir haben den Mut, in aller Offenheit das zu sagen mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Schaffung von Steuererträgen. Das werden unter Umständen vielleicht auch Steuern sein müssen, die leider zum Teil den Proletariat belassen. Wir werden die Aufforderung machen, daß hier eine Art ausgleichender Solidarität geübt werden muß. Der noch in Lohn und Brot Stehende muß mit für den Klassenossen sorgen, der gänzlich ohne Mittel ist. Das wird in den Kreisen des ausgeklärten Proletariats Verständnis finden, wenn es auch keine Besserung werden wird.“

Was für den Nachtragshaushalt 1929 galt, gilt in erhöhtem Maße für den Ordentlichen Berliner Etat 1930. Gerade die Wirtschaft, deren Arbeitgebervereinigungen (Handelskammer, Handwerkskammer, Landwirtschaftskammer) im Haushaltsausfluß gehört wurden, müssen sich vor Augen führen, daß der Berliner Etat, so eng auch seine Grenzen gezogen sein mögen, Möglichkeiten zu einer wenigstens teilweisen

Belebung der Wirtschaft

enthält, und daß deshalb die Gesichtspunkte, die für die Sozialdemokratie in Berlin maßgebend sind, positiv an dem Etat mitzuarbeiten, in erhöhtem Maße für die Wirtschaftskrise Geltung haben müßten. Die Sozialdemokratie muß überdies auch Wert darauf legen, daß das, was durch ihre mühevollen Mitarbeit seit 10 Jahren in Berlin geleistet wurde, nicht zerstört wird, sondern erhalten bleibt. Auch hierfür bringt der Etat für 1930 Voraussetzungen. Wie aber die Berliner sozialdemokratischen Vertreter im Stadtparlament sich niemals zwingen lassen werden, einen Etat anzunehmen, ohne Berücksichtigung der Form, die er hat, nur um eben einen Etat zu haben,

ebensowenig werden sie sich durch die Vertreter der Wirtschaft oder durch andere Fraktionen die Art der letzten Endes notwendigen Steuerfestsetzungen aufkotzieren lassen.

Bei diesen Steuerfestsetzungen sind zum Teil gerade die Ausführungen beachtenswert, die die Vertreter der Handelskammer und der Handwerkskammer gemacht haben. Es ist natürlich klar, daß Vertretungen, die zur Stellungnahme zu Steuern aufgefordert werden, ebenso wie alle übrigen Teile der Bevölkerung niemals sagen werden, daß diese oder jene sie belastende Steuer überhaupt zu tragen sei. Aber die Art und Weise, in der zwischen den einzelnen Steuerarten in den Ausführungen dieser Vertreter bemerkbare Unterschiede gemacht wurden, läßt erkennen, daß es keinesfalls so ist, wie bürgerliche Fraktionen im Berliner Rathaus gemeinhin immer behaupten, daß nämlich eine weitestgehende oder alleinige Erhöhung der Grundvermögenssteuer wegen ihrer „ausgleichenden“ Wirkung für alle Teile der Steuerzahler am ehesten zu tragen wäre, und daß die Erhöhung der Gewerbesteuer in keinem Falle oder nur in geringster Höhe in Betracht käme. Es wurden Hinweise gegeben, daß die Wirkungen der Grundvermögenssteuer und natürlich auch der Lohnsummensteuer sich in unangenehmer Art gerade in den Gewerbebetrieben bemerkbar machen, als die Gewerbesteuer. Es geht

also in keinem Falle an, etwa die Grundvermögenssteuer allein in einer Weise zu erhöhen, die ihr den Hauptteil an der Deckung des Defizits zuweist. In Berlin ist zwischen den Prozentfäden der Grundvermögenssteuer und der Gewerbesteuer immer ein bestimmtes Verhältnis festzustellen. Wenn man die Prozentfäden des Vorjahres betrachtet, so ergibt sich, daß die Gewerbesteuer ungefähr das Doppelte des Satzes der Grundvermögenssteuer darstellt. Wenn man nun noch daran denkt, daß bis zum Jahre 1926 ein Prozentfuß von 500 bei der Gewerbesteuer schon bestanden hat und daß dieser Prozentfuß damals sehr übereifrig herabgesetzt worden ist, so wird noch deutlicher, daß immer der Satz der Gewerbesteuer weit über den Satz der Grundvermögenssteuer gestanden hat. Durch die Entscheidung des Staates ist der Satz

Arbeiterbildungsschule

Der Bezirksausschuß für sozialistische Bildungsarbeit Berlin veranstaltet in diesem Sommer wieder

drei Ferienkurse

1. Vom 17. bis 23. August in Klein-Köris, Naturfreundehaus „Reiherhorst“. Dr. Karl Mierendorff: „Unser Gegner im Klassenkampf“ (die deutschen politischen Parteien, ihr Wesen, ihre Geschichte, ihre Organisation und ihre Politik).
2. Vom 24. bis 30. August in Klein-Köris, Naturfreundehaus „Reiherhorst“. Dr. A. Gurland: „Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatsauffassung.“
3. Vom 31. August bis 6. September in Klein-Köris, Naturfreundehaus „Reiherhorst“. Georg Fuchs-Lepzig: Thema: Fortsetzung des vorjährigen Kurses. Genosse Fuchs gibt noch genauere Formulierung.

Der erste Kursus ist ein Einführungskursus. Es wird nur die elementarste Kenntnis des Sozialismus vorausgesetzt. Der zweite und dritte Kursus ist für Fortgeschrittene. Das Hörgeld für einen Kursus beträgt 33,50 M. Darin ist eingeschlossen Fahrgeid, Quartier und volle Verpflegung. Da trotz der Teilnahme am Kursus noch viel Zeit zur Erholung übrig bleibt, sollten recht viele Genossinnen und Genossen von dieser Gelegenheit, die Ferientage gut und nützlich zu verbringen, Gebrauch machen. — Die Objekte werden gebeten, recht eifrig für unsere Ferienkurse zu werben und dafür zu sorgen, daß bald recht viele Anmeldungen an uns gelangen.

der Grundvermögenssteuer schon auf 300 Proz. seit dem 1. Juni 1930 heraufgesetzt worden. Berücksichtigt man dies und zugleich auch das Verhältnis der Vorjahre für die Gewerbesteuer, so ergibt sich daraus ohne weiteres die Notwendigkeit einer entsprechenden Erhöhung der Gewerbesteuer.

Die bürgerlichen Fraktionen, vor allem diejenigen Fraktionen, die an der früheren Etatgestaltung beteiligt waren, werden — wollen sie sich nicht selbst desanathemieren — diese Grundfragen anerkennen müssen. Die Sozialdemokratie schreit wahrlich nicht nach Steuern, sie weiß, in welcher Weise schon gegenwärtig die proletarischen Massen durch Steuern belastet sind. Wenn aber die Möglichkeit einer positiven Gestaltung des Berliner Etats in Betracht kommen sollte, so können nach dem oben Angeführten Steuern nicht vermieden werden. Die Steuern, die das Proletariat besonders belasten, müssen auf das äußerste Mindestmaß des Ertragsabens gebracht und hierzu müssen die übrigen Steuerfestsetzungen in ein entsprechendes Verhältnis gesetzt werden.

Es erscheint ausgeschlossen, daß jetzt noch bei der Grundvermögenssteuer der vom Magistrat ursprünglich vorgezeichnete Satz von der sozialdemokratischen Fraktion und von der Berliner Partei akzeptiert werden kann.

Die Berliner Sozialdemokratie wird ein einseitiges Diktat anderer Fraktionen und Gruppen ablehnen. Folgt hieraus die Gesamtabstimmung des Berliner Etats, so tragen diejenigen die Verantwortung, die bei der Beendigung der Etatberatungen vielleicht vergessen hatten, daß sie zu Anfang einen „Etat der Wahrheit“ forderten. Die Sozialdemokratie wird die dann vorliegenden Tatsachen ihren Mitgliedern und Wählern klarzumachen haben, sie wird auf die „politische“ Arbeit der Kommunisten hinweisen können, und sie weiß, daß sie für ihre Haltung Verständnis finden wird. Die diesjährige Etatgestaltung hat

ja noch eine besondere Bedeutung. Sie kann unter Umständen mit einer Voraussetzung für die Art und für das Tempo der Verabschiedung des neuen Gesetzes für Groß-Berlin im Bundtag bilden. Kommt es in Wirkung einer eventuellen Etatablehnung zu der Einwirkung des Oberpräsidenten, der nach § 59 des Preussischen Kommunalabgabengesetzes berechtigt ist, „behufs Deckung des Steuerbedarfs das Verhältnis der Zuschläge zu den einzelnen Realsteuern untereinander oder, soweit besondere Steuerordnungen bestehen, die nach diesen Steuerordnungen zu erhebenden Steuerfäden festzusetzen“, so liegt wiederum die Verantwortung bei denen, die viel von Selbstverwaltung sprechen, aber im entscheidenden Moment die Verantwortung nicht übernehmen wollen, diese Selbstverwaltung im eigentlichen Sinne auszuüben.

Während der Etatberatungen haben die sozialdemokratischen Vertreter im Berliner Rathaus konsequent einen gradlinigen Weg verfolgt. Das Ziel, zu dem dieser Weg führen soll, ist völlig klar für die Kommunalvertreter sowohl wie für die gesamte Berliner Parteimitgliedschaft. Die nächsten Tage werden die endgültige Entscheidung bringen.

Die Berliner Sozialdemokratie, die auch den diesjährigen Etat in seinen Hauptkapiteln verbesserte, ist bereit, den Kampf der Neuwahlen zu führen, wenn diese als Folgen einer Etatablehnung schließlich kommen sollten.

Beim Baden erschossen.

Leichfertiges Handeln eines Schupobeamten?

Ein blutiger Vorfall, der in seinen Einzelheiten noch dringend der Klärung bedarf, spielte sich gestern nachmittag an der Böhmung des Spandauer Schiffahrtskanals in Plohnsee ab. Ein Schupobeamter, der dort seinen Patrouillendienst versah und darauf zu achten hatte, daß an verbotener Stelle nicht gebadet wird, geriet nach den bisherigen Ermittlungen mit mehreren Badenden in ein Handgemenge. Nach dem Polizeibericht feuerte der Beamte einige Schüsse ab, die einen jungen Mann tödlich verletzten. Eine furchtbare Nachricht! Um so furchtbarer, als es den Anschein hat, daß ein Menschenleben geopfert wurde, weil ein Beamter im entscheidenden Augenblick verlor, die Waffe verlor und leichfertiger zur Waffe griff. Wir sind davon überzeugt, daß der Polizeipräsident den tragischen Vorfall zum Anlaß einer strengen Untersuchung nehmen wird. Sollte sich dabei herausstellen, daß der Schupobeamte falsch gehandelt hat, ist seine sofortige Entlassung aus der Schupo zu fordern. Für unbefohlene Elemente darf in der Schupopolizei kein Platz sein!

In den Nachmittagsstunden herrschte am Kanal, trotzdem es streng verboten ist dort zu baden, ein roter Badebetrieb. Die letzten beiden tödlichen Unfälle beim Baden an verbotener Stelle am Kraftwerk West haben der Polizei zweifellos Anlaß gegeben, die Kanal- und Fließläufe besser zu überwachen. Als nun gestern nachmittag ein Schupobeamter auf seinem Rode am Schiffahrtskanal patrouillierte, traf er etwa 100 bis 120 Personen badend an. Als der Beamte die Leute aufforderte, sich anzuziehen, soll seiner Anforderung nicht nachgekommen sein. Es kam zu einem Tumult, in dessen Verlauf das Fahrrad des Beamten in den Kanal geworfen wurde. Der Schupolizist, der sich bedroht glaubte, zog plötzlich die Pistole und gab mehrere Schüsse auf seine Angreifer ab. Ein junger etwa 20jähriger Mann, dessen Personalien noch nicht ermittelt werden konnten, brach von zwei Kugeln in die Brust und in den Oberarm getroffen sofort tot zusammen.

Ueber die Zusammenhänge von Gartenstadt und Baustiedlung schreibt Prof. Dr. Franz Oppenheimer in dem neuesten Heft der von Adolf Otto herausgegebenen „Gartenstadt“. Das Heft enthält ferner eine bodenwirtschaftliche Kritik des geplanten Städtebaugesetzes von Leberecht Niggé unter dem Titel „Kolonisation oder Städtebau“.

SINCLAIR LEWIS DER ERWERB ROMAN

Übersetzt von Cl. Meitner. — Meyer & Jessen, Vertrieb, München.

Fräulein Mattie Bugh fuhr auf dem Heimweg von der Gemeindefschule vorbei. Fräulein Mattie war siebzehn Jahre lang in Clarks Crossing Lehrerin gewesen und dabei mager und demütig und hoffnungslos geworden. Du lieber Himmel! dachte Uta, würde sie sich in ein stinkiges, kleines Schutzhäuschen einsperren lassen müssen, wenn sie Henry nicht heiratete?

„Ich will nicht sein sein! Ich will in irgendeinem Laden oder sonstwo arbeiten!“ erklärte Uta. Während sie heimtrötete — ein nettes, unscheinbares, muscheltöpfiges Mädchen, undramatisch wie ein Gänseblümchen — wurde sie von einer Sturzflut wilden Protestes durchdrungen. Ihr ganzes Leben lang würde sie diesem zitterigen alten Herrn Mosely begegnen, der sich unvermeidlich gleich jetzt auf sie stürzen und sie mit seinen langen, sinnlosen Redereien aufhalten würde. Und es gab nichts Lustiges, was man tun konnte! Es langweilte sie alles so entsetzlich. Sie hätte plötzlich die Stadt, hätte jeden Abend, den sie hier würde verbringen müssen, Zeitungen lesend, mit ihrer Mutter Karten spielend und in Angst vor einem Besuch des Herrn Henry Carlson.

Sie brauchte — sie brauchte jemanden, den sie liebhaben und mit dem sie reden könnte. Warum nur hatte sie den schönen Charly Martinale entmisst, als er sie damals beim Tanzen küssen wollte? Charly war eingebildet, aber er war jung, und sie sehnte sich, ja, ja! das war es, sie sehnte sich nach Jugend, sie, die selbst noch so jung war. Und sie würde hier alt werden, wenn nicht einer, irgendeiner dieser gottähnlichen jungen Männer sich herabließ, sie zu beachten; alt werden, in diesen Straßen, die aufgeschichteten Holzstöcken glichen.

Sie landete in dem kleinen, weißen väterlichen Haus, in dem es immer noch gestohlenen Hammelfleisch roch, und auf dem alten Sofa mit der gebrochenen Feder — auf dem ihr Vater alle strahlenden Sonntagnachmittage schnarchend verbracht hatte — schluchzte sie leise.

Dann hob sie den Kopf, um einem Geräusch über sich zu lauschen — dem leisen, vertrauten Dröhnen einer Nähmaschine, unter deren rhythmischen Stößen die Wände zitterten. Die Maschine blieb stehen. Uta hörte, wie die Schere zu Boden glitt — das langweiligste hausbackene Geräusch von der Welt. Das stickige Haus erdrückte sie. Sie sprang auf — und setzte sich wieder nieder. Es gab keinen Ort, an den sie hätte fliehen können. Es drohte ihr entweder Henry Carlson oder die Gemeindefschule. Und inzwischen mußte sie herausbekommen, was ihre Mutter nähte — ob sie wieder unnütz Geld für Trauerkleider ausgegeben hatte.

„Arme, arme kleine Mutter! Sieht glücklich dort oben und näht darauf los, und ich muß hinauf und mit ihr zanken.“ sagte Uta. „Oh, ich möchte Geld verdienen, ich möchte für dich viel Geld verdienen!“

Hinter einem Buch auf dem Tisch sah sie ein weißes Bierdeckel liegen. Sie stürzte sich darauf. Es war ein Brief von Frau Sessions, und Uta rief ihn erregt auf.

Herr und Frau Albert Sessions aus Panama waren nach New York gegangen. Herr Sessions arbeitete in der Maschinenbranche. New York gefiel ihnen. Sie wohnten möbliert und gingen ins Theater. Frau Sessions war eine verlässliche Seele, und Uta hatte Zutrauen zu ihr.

„Warum denken Sie nicht daran,“ schrieb Frau Sessions, „nach New York zu kommen und Stenotypistin zu werden, wenn Sie in Panama die gesuchte Arbeit nicht finden können? Sekretärinnen usw. haben hier sehr gute Aussichten.“

Uta legte den Brief behutvoll hin. Sie stand auf und stellte Motters rotwollene Pantoffel zurecht. Sie wollte noch einen köstlichen, bebenden Augenblick zögern, ehe sie sich voll Freude gestand, daß sie einen Entschluß gefaßt hatte.

Sie würde nach New York gehen, Stenotypistin werden, Sekretärin bei dem Direktor einer großen Gesellschaft, eine wohlhabende Frau sein, frei, verantwortungsvoll, selbständig.

Die Tatsache, daß sie diese revolutionäre Entscheidung so schnell getroffen hatte, gab ihr ein Machtgefühl, als wäre sie schon eine Geschäftsfrau.

Sie rannte zu ihrer Mutter hinauf, die vor der Nähmaschine saß.

„Mutterchen!“ rief sie, „wir gehen nach New York! Ich werde dort einen Handelskursus besuchen, eine Geschäftsfrau werden, und die kleine Mutter wird nur noch in Samt und Seide gekleidet sein und lauter feine Sachen essen, Pfirsiche und Eiscreme — zwar gehen die Träume nie ganz in Erfüllung, aber soviel ist sicher, Mutter, kleine Mutter, wir ziehen auf Abenteuer aus — jawohl!“

Sie ließ sich zu Boden gleiten, barg den Kopf im Schoße

der Mutter und küßte ihre Hände, deren Haut sich wie das dünnste Crèpepapier anfühlte.

„Ja, was ist denn los, Kind? Hat uns jemand eingeladen? Ist der Brief von Emma Sessions? Was schreibt sie denn?“

„Sie hat es vorgeschlagen, aber wir gehen als unabhängige Leute hin.“

„Wird das Geld langem? ... Ach würde mir gern die Theater und Bildergalerien ansehen!“

„Es muß langem! Wir hazardieren einfach einmal!“

Zweites Kapitel

1.

Una Golden hatte nie bemerkt, wie häßlich und unansehnlich die Straßen von Panama waren, bis zu jenem Abend, an dem sie um die Post hinunterging, verächtlich selbst den Staub am Wege mit Füßen tretend — und es gab viel zu treten. Ein altes Herrenhaus mit Türmen und zackigen Schindeln, mit nun gebrochenen Fensterläden und abdrückendem Anstrich, mit einer Reihe aufgestapelter Ziegel auf dem einst gepflegten Rasen. Das Rathaus, eine vierstöckige hölzerne Scheune mit einem Balkon, der sich ein wenig geneigt hatte, und von dem aus der Bürgermeister vermutlich seine Bekanntmachungen verländet hatte, falls es in Panama je etwas gegeben hatte, was man bekanntmachen konnte. Strohende Müßiggänger vor dem Girard House. Für Una hatten das alte Herrenhaus nichts Romantisches, die Kleinstadtsstraßen nichts freundlich Demokratisches, die Hügel dahinter nichts von offener Freiheit. Man durfte Una darum nicht tadeln. Sie war ein tatkräftiges Geschöpf, der diese in sich zusammengezogene Stadt jede Tätigkeit verweigerte — bis auf das Stubenfeegen.

Jetzt fühlte sie sich stark — sie war auf einen Kampf gefaßt gewesen, ehe sie die Mutter dazu bewegen würde, nach New York zu übersiedeln; doch es war so leicht gewesen. Una hatte eine überschwängliche Freude — ein wenig jugendlich und grausam —, als sie Henry Carlson begegnete und ihm mitteilte, sie ginge fort und „wisse nicht, auf wie lange; vielleicht für immer“. So hoffnungslos strich er sich über den braunen Nacken, der nie ganz sauber rasiert war, daß Una verächtlich freundlich zu ihm zu sein. Sie versprach zu schreiben. Doch als sie ihn verließ, hatte sie das Gefühl, als wäre sie soeben aus dem Gefängnis entlassen worden. Mit ihm zu leben, ihm das Recht einzuräumen, sie mit diesen ausgestreckten Händen anzufassen — sie stellte sich das so lebhaft vor, daß sie erschrak, während sie sein stockendes Bedauern anhörte. (Fortsetzung folgt.)

Zepp wieder am Anfermast.

Morgen früh Start zur Schlesiensfahrt. — Am Abend Rückkehr

„Groß Zeppelin“ ist kurz nach 17 Uhr, von seiner Ostseefahrt kommend, auf dem Flugplatz in Stoaken eingetroffen. Es wurde nicht am Anfermast festgemacht, sondern wechselte die Fluggäste auf dem freien Felde, um dann sofort zu seiner zweiten Berliner Rundfahrt aufzusteigen, an der 40 Personen teilnahmen, unter ihnen einige Besucher der Weltkraftanstalt. Nach Beendigung der Rundfahrt wurde das Luftschiff wieder am Anfermast festgemacht. Morgen früh gegen 8 Uhr wird das Luftschiff zu seiner Schlesiensfahrt starten. Ueber Görlitz und Breslau wird Post abgeworfen werden, alle größeren Städte Schlesiens sollen auf der Fahrt begrüßt werden. Die Rückfahrt nach Berlin, wo man gegen 18 Uhr eintreffen wird, soll über Frankfurt a. D. erfolgen. Nach den bisher getroffenen Dispositionen wird dann der Zeppelin noch am selben Abend gegen 22 Uhr Berlin wieder verlassen, um während der Nacht die Fahrt nach Friedrichshafen zurückzulegen.

Verkehrsunfall in Mariendorf.

Zwei Personen getötet — eine lebensgefährlich verletzt.

Gestern nachmittag ereignete sich an der Ecke der Chausseestraße und Britzer Allee in Mariendorf ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Lastauto und einem Motorrad, bei dem zwei Personen auf der Stelle getötet wurden. Ein dritter Verunglückter mußte mit lebensgefährlichen Verletzungen durch die Feuerwehr ins Tempelhofer St. Josefs-Krankenhaus gebracht werden.

Die 55jährige Frau Elisabeth Feint aus der Steinwegstraße 45 in Berlin hatte in dem Vorort Rangsdorf an der Joffener Straße eine Sommerwohnung für längere Zeit gemietet und wollte gestern nachmittag mit einem Lastfahrrad, das sie von einem Rangsdorfer Fuhrunternehmer gemietet hatte, nach einige Möbelstücke aus ihrer Wohnung abholen und nach Rangsdorf schaffen. Auf der Fahrt nach Berlin kam Frau F. dabei auf sehr schmale Weise ums Leben. Der Führer des Lastautos soll nach den bisherigen Ermittlungen bei der Fahrt durch die Chausseestraße zu dicht an ein vor ihm fahrendes Privatauto herangefahren sein. Um einen Zusammenstoß im letzten Augenblick zu vermeiden, bog er dann plötzlich scharf nach links herum. In diesem Augenblick kam in schneller Fahrt aus entgegengesetzter Richtung ein mit zwei Personen besetztes Motorrad heran. Der Führer vermochte nicht mehr rechtzeitig zu bremsen und prallte mit ungeheurem Wucht mit dem Lastauto zusammen. Das Rad wurde hochgeschleudert und rief dabei Frau Feint, die neben dem Lastautochauffeur saß, aus dem Führersitz heraus. Die Folgen waren furchtbar. Frau F. und der Motorradfahrer Bernhard Michael aus der Steglitzer Straße lagen mit zerstückelten Gliedern tot auf dem Fahrdamm. Der Begleiter des Motorradfahrers, der 19jährige Bolonleur Felix Zechmann, Tempelhofer Ufer 33, erlitt schwere Schädelerkennungen. Sein Zustand ist sehr ernst.

Lindemann und seine Brüder.

Ein Bankier und Kommerzienrat als Betrüger.

Nach mehrwöchiger Verhandlung fällt die Berufungsstrafkammer des Landgerichts I in dem Prozeß gegen den Bankier und Kommerzienrat Karl Lindemann und seine Brüder Gustav und Otto wegen betrügerischer Börsengeschäfte das Urteil.

Karl Lindemann wurde zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis, 10 000 Mark Geldstrafe und drei Jahren Ehrverlust verurteilt, Gustav Lindemann zu einem Jahr Gefängnis und 7000 Mark Geldstrafe, Otto Lindemann zu neun Monaten Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe. Der Haftbefehl gegen Karl Lindemann wurde aufrechterhalten.

Bei dieser Verurteilung handelte es sich um die betrügerischen Börsenmanöver mit den Brandenburgischen Halbz. u. G. Papieren. Die Aktien befanden sich im Alleinbesitz von Karl Lindemann und standen 1928 auf 5 Proz. Plötzlich schneitete sie auf über 200 Proz. hinauf. Karl Lindemann ließ nun durch seine Brüder mit Hilfe von Strohmännern bei einer Reihe von Bankhäusern Kaufaufträge erteilen, und die Banken mußten die Papiere von Karl Lindemann kaufen und bezahlen, während die Strohmänner zunächst nur 50 Proz. der Kaufsumme einzahlten. Da im ganzen für etwa 2 Millionen Mark Käufe getätigt worden sind, haben die Banken, da die Strohmänner durchweg vermögenslos waren, eine Million Mark verloren, und dieses Geld muß in die Taschen der Gebrüder Lindemann geflossen sein.

Karl Lindemann war schon früher in eine ähnliche Affäre untauglicher Börsenmanöver verwickelt gewesen und wurde vor einigen Jahren mit 1000 Mark Geldstrafe bestraft. Jetzt schwebt noch gegen die Brüder Lindemann gemeinsam mit 17 weiteren Angeklagten das große Strohmännerverfahren in der Spritschmuggelaffäre mit den Schiffen „Rige“ und „Pelikan“. Dieses Schmuggelgeschäft soll von Karl Lindemann, der damals Inhaber des inzwischen verfallenen Bankhauses Merg u. Co. war, finanziert worden sein. Die Anklage ist bereits von der Staatsanwaltschaft III erhoben worden.

„Grüner Winkel“ bei Neuenhagen.

Von den Wohnsiedlungen, die in den östlichen Vororten wie Pilze aus der Erde wachsen, treibt die Gemeinde Neuenhagen eine vorausschauende Kluge Boden- und Siedlungspolitik. Wie Bürgermeister Thormann bei einer Pressebesichtigung mitteilte, ist die durch große Klammern betanungswürdige Parzellierungsgesellschaft Gartenstadt Bollensdorf mit circa 4000 Bauparzellen in Gemeindefiskus übergegangen. Die erste Folge dieser großzügigen gemeinwirtschaftlichen Tat ist die Senkung des Kaufpreises von 3 M. auf 2 M. pro Quadratmeter Boden in Bollensdorf. Hier in Neuenhagen hat die Arbeitsgemeinschaft für Wohnungsbau „Stadt und Land“ eine neue Siedlung „Grüner Winkel“ errichtet, die sie der Presse zeigte. Man hat in Neuenhagen den Versuch gemacht, Wohnungen zu bauen, die auch dem Kleinverdiener als Mieter oder Eigenheim erschwinglich sind. Vorläufig sind es nur 50 Wohnungen verschiedener Typen, jedoch soll sich die Bautätigkeit in der Folge erweitern. Die kleinste Stodwerk-Wohnung, eine Stube und Küche sowie Klotz, Garten, Boden und Keller, kostet monatlich 34 M. Miete, die durch einen Gemeindefiskus noch weiter auf 29 M. gesenkt wurde. Der Geschäftsführer von „Stadt und Land“, Genosse Schabewaldt, wies darauf hin, daß dieser Kleinstyp, der freilich kein Bod vorsteht, die Erfüllung der dringendsten Erfordernisse bedeutet. Tausende von jungen Menschen würden sich glücklich schätzen, für den Anfang einer Ehe eine, wenn auch kleine so doch eigene, gemüthliche Wohnung mit Zimmer und Küche zu erschwinglichem Preis zu besitzen. Auch die anderen Typen, die

Arbeitswoche der Stadiverordneten.

Die gestrige Sitzung ruhig verlaufen. — Sachliche Arbeit am Etat.

Fünf Tage werden die Stadiverordneten hintereinander zu arbeiten haben, um den Berliner Haushaltsplan für 1930/31 zur Verabschiedung zu bringen. Ehe der Etat überhaupt eine Mehrheit finden wird, ist dabei nach wie vor zweifelhaft. Ueber die Gesamtsituation und die Aufgabe der Sozialdemokratie im gegenwärtigen Augenblick berichtet an anderer Stelle des Blattes Erich Jlatau, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadiverordnetenfraktion.

Die Sitzung begann mit einem Protest der kommunistischen Fraktion gegen die vom Vizepräsident festgesetzte Redezeit. Gegen die Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten blieb es bei der von den früheren Etatberatungen her üblichen Redezeit. Mit dem Etat der Polizeiverwaltung wurde die Beratung aufgenommen. Dabei wettete als erster Redner Stadv. Casper (Komm.) gegen die „Jörgel- und Rosaten“. Beim Kapitel Neubausmittel der Ordentlichen Verwaltung wandte sich die sozialdemokratische Fraktion in einem Antrag gegen ein gewisses planloses Projektmachen. Neubauprojekte sollen nur ausgearbeitet werden, wenn bereits eine grundsätzliche Zustimmung der städtischen Körperschaften vorliegt. Dabei soll dann auch die Dringlichkeit eine Rolle bei der Anfertigung der Projekte spielen. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag fordert vom Magistrat einen Vorschlag, wie er der Schulhaushalt Neubausmitteln beugegen will. Ueberhaupt hat die sozialdemokratische Fraktion bei der Haushaltsberatung im Ausschuß

rund 150 Anträge

gestellt, die fast alle angenommen wurden. Tiefbau- und Hochbauverwaltung, Siedlungs- und Wohnungswesen folgten in der Beratung. Kommunistische, nationalsozialistische und deutsche nationale Redner vertraten dabei alle, früher im Plenum gestellten Anträge, die im Haushaltsausschuß abgelehnt wurden. Was darin zur Behebung der Wohnungsnot vorgeschlagen wurde, war unbrauchbar.

Um 20 Uhr wurden

die Abstimmungen

über die beratenen Kapitel vorgenommen. Dabei verliefen alle Änderungsanträge, die insbesondere von den Kommunisten gekommen waren, der Ablehnung durch eine starke Mehrheit. Die einzelnen Kapitel wurden in der Form, die ihnen der Haushaltsausschuß gab, angenommen, so daß also auch die hier vorher genannten Anträge der sozialdemokratischen Fraktion Annahme fanden. Die Annahme der kommunistischen Anträge hätte insgesamt rund 410 Millionen Mark Mehrausgaben erfordert, das ist über ein Drittel des gesamten Stadthaushalts. Ueber die Heranlochung dieser Summe hatten sich die Herren selbstverständlich keine Sorgen gemacht. Bei den Einzelabstimmungen ergaben sich allerlei interessante Situationen: so stimmten die Kommunisten erst für einen nationalsozialistischen Antrag, der die Freizügigkeit der Bevölkerung ausheben wollte, dann aber gegen einen ähnlichen Antrag, der von den Nationalsozialisten kam. Später gaben sie zu dieser ihrer Stellung eine Erklärung ab. Zum anderen

waren die Kommunisten gegen die Bewilligung von 100 000 M. für die Förderung und den Ausbau des Kleingartenwesens,

und zwar nur deshalb, weil die Sozialdemokraten es beantragt hatten. Dafür forderten sie selbst aber 100 000 Mark als Darlehen — also zurückzahlbar — für Kleingärtner! Mit der Beratung des Kapitels Anforderungen für

Volk-, Mittel- und höhere Schulen

wurde die Beratung fortgesetzt. Nach den Rednern der Kommunisten und der Nationalsozialisten sprach dabei

Stadtv. Kreuziger (Soz):

Der Schuletat sei nicht besonders benachteiligt, die finanziellen

Kürzungen bewegten sich im Rahmen des allgemeinen Abbaues, d. h. der Etat ist wieder auf den Stand von 1928 gebracht worden. Was in diesem Jahre als Errungenschaft gepriesen wurde, kann man 1930 nicht unbedingt verwerten, so wie es die Kommunisten tun. Vieles, was im zentralen Schuletat gestrichen wurde, erscheint in den Bezirken wieder, besonders die Ausgaben für soziale Dinge sind mindestens geblieben, teilweise erhöht. Der Redner protestierte gegen die neuerliche Belastung der Stadt durch staatliche Anordnungen in höheren Schulwesen. Ganz allgemein müßten in Zukunft die höheren Schulen als Berufsschulen, nicht als allgemeine Bildungsanstalten angesehen werden. Völlig unfähige Schüler würden in die Grundklassen der höheren Schulen aufgenommen. Für jeden höheren Schüler leisten Staat und Stadt je 540 Mark Zuschuß. Kreuziger forderte dann den äußeren und inneren Ausbau der Berufsschulen; diese Schulen, die immer mehr an Bedeutung gewinnen, müssen viel mehr als bisher beachtet werden. Die Volksschulen sind Stiefkinder der Verwaltung wie die Berufsschulen. Erst eine allgemeine Umorganisation des gesamten Schulwesens wird uns einer wirklichen brauchbaren Einheits- (Schule näherbringen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Den Klagen Kreuzigers über das höhere Schulwesen schloß sich Stadv. Halle (Z.) an, der auch eine bessere Berücksichtigung katholischer Schüler in den Stiefklagen forderte.

Sozialdemokratische Anträge.

In einer Anzahl Anträge verlangte die sozialdemokratische Fraktion u. a. vom Magistrat, bei Reichstag, Reichsrat und Reichsregierung vorstellig zu werden, daß sehr bald ein Ausführungsgesetz zu dem Artikel der Reichsverfassung erlassen wird, der die freie Lieferung von Lehrmitteln vorsteht. Weitere Anträge fordern, daß der nebenamtliche Unterricht an den Berufsschulen abgebaut und durch hauptamtliche Lehrkräfte ausgeübt wird und daß die Hausangestellten, die Hausdienter und in der Landwirtschaft beschäftigte Jugendliche in die Berufsschule eingegliedert werden.

Vor der Etatberatung wurde die Dringlichkeitsvorlage des Magistrats zur Festsetzung der Müllabfuhrgebühren wie auch die Herabsetzung der Berufsschulbeiträge angenommen. In einem Antrag verlangten die Kommunisten Maßnahmen gegen die Generalpächter der Riesefelder, die angeblich die Pacht schuldig geblieben seien, und Demokraten und Sozialdemokraten forderten

Maßnahmen gegen die Anwaltschaft der Nationalsozialisten im Strandbad Wannsee.

Die Demokraten forderten ferner Auskunft über die Beteiligung von Arbeiterpartnern und -jüngern bei der Einweihung des neuen Stadions in Reutkolln. Eine weitere Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion beschäftigt sich mit dem Tode einer Patientin in der Heilanstalt Teupitz; sie hat folgenden Wortlaut:

„In der Provinzialklinik Teupitz ist durch Unachtsamkeit einer Pflegerin eine Patientin tödlich verkrüht worden. Vor einigen Wochen hat die Stadiverordnetenversammlung einer Magistratsvorlage zugestimmt, durch die mit der Anstalt ein längerer Vertrag geschlossen und Mittel zum Ausbau bewilligt wurden. Der Magistratsvertreter widersetzte die Anstalt als außerordentlich gut und zuverlässig. Der Magistrat wird um Auskunft gebeten, ob die Schuldfrage bei dem Unfall geprüft ist und was gegen die Schuldigen veranlaßt ist. Es wird ferner um Auskunft gebeten über folgende Punkte: Auf wieviel Patienten kommt in Teupitz eine Pflegerin? Wie ist die Arbeitszeit des Personals geregelt?“

Alle Anträge und Anfragen werden geschäftsmäßig erledigt.

1½, 2½ Zimmer und 3½ Zimmer mit Garten, Veranda, Zentralheizung usw. versehen, sind dem Gebotenen entsprechend billig. Dabei handelt es sich um Flachbauten, die über das erste Stockwerk nicht hinausgehen, also die Behauptung, nur der Mietformenbau wäre rentabel und verbilligend, durch die Praxis widerlegen. Daß der rührigen Organisationsarbeit unserer Genossen als Mieter in den bereits vorhandenen Berliner Wohnbauten von „Stadt und Land“, ist es ihnen gelungen, vieles in der Verwaltung im Eigenbetrieb zu übernehmen und sich als Mietervertreter einen führenden Einfluß im Aufsichtsrat der Gesellschaft zu sichern. Eine an die Siedlung „Grüner Winkel“ in Neuenhagen sich anschließende Ausstellung zeigt, wie in der Kleinstwohnung sich Möbel geschmackvoll aufstellen lassen.

Klagt Berlin gegen Buschs Erben?

Die Korruptionsgelder sollen herausgerückt werden.

Innerhalb der Berliner Verwaltung schweben gegenwärtig Erwägungen, gegen die Erben Buschs vorzugehen und von ihnen eine Herausgabe der Beträge zu fordern, die Busch als Verrechnungssummen empfangen hat.

Soweit aus den Untersuchungen des Landtagsausschusses bisher schon hervorgegangen ist, hatte Busch in drei Fällen Provisionen in Höhe von über 500 000 Mark erhalten. Um einen Anreiz auf das den Erben Buschs zugefallene Vermögen erwirken zu können, muß die Stadt Berlin allerdings den Nachweis erbringen, daß der Verstorbene unerlaubte Vergütungen erhalten hat. Es ist also, falls Magistrat und Stadiverordnetenversammlung sich zu einem Vorgehen gegen die Erben entschließen sollten, zunächst damit zu rechnen, daß eine Teilklage erhoben wird, die 500 000 Mark für die Stadt Berlin verlangt, da seitens des Magistrats hier der Nachweis ohne weiteres erbracht werden kann, daß Stadtrat Busch unerlaubte Geschäfte getätigt hatte. Weiter erwächst der Stadt Berlin allerdings auch die Aufgabe, genaue festzustellen, wie groß die Erbschaftsmasse ist, und ob noch Werte vorhanden sind, die bisher von Lutzke oder der Familie Busch noch nicht angegeben worden sind.

Sonnenwende in Bohnsdorf.

Die Bohnsdorfer Kulturorganisationen der Arbeiterchaft, Jungsozialisten, Sozialistische Arbeiterjugend, Kinderfreunde, Freie Schulgemeinde und der Arbeiter-Sängerkorps, veranstalteten am Sonnabend, 21. Juni, in Bohnsdorf eine Sonnenwendfeier, an der sich fast 1000 Personen beteiligten. Pünktlich um 22 Uhr begann die Feier mit den Darbietungen eines Tambourkorps; Gefänge, wirkungsvoll vorgetragene Rezitationen und die Aufführung eines Sommerwendspiels folgten. Hell loderten die Flammen zum Himmel, als der Holzstoß angezündet wurde, Begeisterung erfaßte die Menge. „Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt“ sang

die Jugend begeistert. Ein Sprechchor forderte auf: „Genosse, tritt ein, schreit mit!“ Das stoff durchgeführte Programm fand viel Anklang. Singend zogen die Kinderfreunde, zu einem Fackelzug formiert, nach Hause, um ihre Gäste von auswärts ins Quartier zu bringen. Ganz Bohnsdorf stand im Zeichen der Sommerwendsfeier der sozialistischen Arbeiterchaft. Ein echtes Volksfest war es, das allen neuen Kampfesmut gab.

Das Attentat auf die Synagoge.

Gefängnisstrafen für fünf Nationalsozialisten.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte die Nationalsozialisten Wästenberg, Kuba, Medlenburg, Göring und Steile, die die Synagoge am Rottbuser Ufer in der Nacht zum 16. Februar mit Hakenkreuzen und beleidigenden Inschriften in ähender roter Anstrichfarbe bemalt hatten, zu je fünf Monaten Gefängnis.

Selbstmord eines Berliner Bankiers.

Und Verhaftung eines Breslauer Bankiers.

Am Sonntag wurde bei Urach der Leichnam des Berliner Bankiers Hans Dörr aufgefunden, der sich seit einiger Zeit im Sanatorium Hochberg in Urach aufhielt. Dörr, der erst vor einigen Wochen seine junge Gattin durch den Tod verloren hatte, war nervenleidend. In einem Anfall geistiger Unmachtung hat er sich erhängt.

In Breslau hat die Kriminalpolizei den Inhaber des Bankhauses Koch & Co., den Kaufmann Erich Neugebauer, unter dem Verdacht verhaftet, Nachzahlungsbeträge in beträchtlicher Höhe unterschlagen zu haben. Neugebauer ist geständig, vermag aber über den Umfang der Veruntreuungen nichts Genaueres anzugeben.

Reichsbahn rüstet zum Ferienreiseverkehr.

Für den bevorstehenden stärkeren Reiseverkehr zu Beginn der großen Ferien in den ersten Tagen des Monats Juli hat die Reichsbahndirektion Berlin die nötigen Vorkehrungen getroffen. Die planmäßigen Züge werden verstärkt werden. Außerdem sind in der ersten Juliwoche circa 213 Vor- bzw. Nachzüge vorgelegt, die noch Bedarf gefahren werden. Für die in der ersten Juliwoche planmäßig verkehrenden Vor- und Nachzüge zu den Schnellzügen ist der Platzkartenverkauf eingerichtet worden. Die Mitteleuropäischen Reisebüros sind — wie bereits mitgeteilt — von Donnerstag, den 28. Juni bis Donnerstag, den 3. Juli (ausgenommen Sonntag) von 8 bis 18 Uhr, und Sonntag, den 29. Juni, von 9 bis 12 Uhr geöffnet.

Einladungen für diese Rubrik sind bei den Bezirksvereinen zu richten. 2. Kreis Tiergarten, heute, Dienstag, 20 Uhr, Kreisvereinsabstimmung...

heute, Dienstag, 24. Juni: 6. 20 Uhr Funktionärstreffen bei Pöhlmann, Solmsenstraße 11. 17. 20 Uhr Die Bezirksleiter werden gebeten, die Kartenbestände...

Morgen, Mittwoch, 25. Juni: 1. 20 Uhr, Kahlert 19 1/2 Uhr bei Brandts, Etzlaubstr. 18. Referent: Genosse Alfred Sehn.

2. 20 Uhr, Mitgliederabstimmung um 19 1/2 Uhr bei Hoffmann, Schöner Straße 26. 1. Referent: 2. Wahl des 2. Abteilungsleiters.

3. 20 Uhr, Mitgliederabstimmung um 19 1/2 Uhr in der Chausseest. 123. Referent: Adolf Lohr, M. d. N. Die Funktionäre werden gebeten, einzuhalten.

4. 20 Uhr, Mitgliederabstimmung um 19 Uhr im Nationalhof, Pöhlmannstr. 11. Thema: Die Finanzfrage im Jahre 1930. Referent: Genosse Werner, Sekretär des Reichsbanners.

5. 20 Uhr, Mitgliederabstimmung um 19 1/2 Uhr bei Fehder, Schöner Straße 26. 1. Referent: Genosse Hermann Schmidt. 18. 20 Uhr, Mitgliederabstimmung um 19 1/2 Uhr in den Weidener Weiden, Rindfleischstr. 12. Thema: Regierungsverhältnisse, Wirtschaftslage. Referent: Genosse G. Seifert, M. d. N. 2. Wahlung Funktionäre um 19 Uhr im selben Lokal.

19. 20 Uhr, Mitgliederabstimmung um 19 1/2 Uhr bei Kahlert, Pöhlmannstr. 11. Thema: Finanzprogramm und Wirtschaftslage. Referent: Genosse Max Seifert.

20. 20 Uhr, Mitgliederabstimmung um 19 1/2 Uhr im Spinnmüller-Gesellschaftsraum, Genslerstraße 41. Thema: Die Wirtschaftslage, ihre wirtschaftlichen Folgen und ihre Abhilfe. Referent: Dr. Robert.

21. 20 Uhr, Mitgliederabstimmung um 19 1/2 Uhr im Engelhardt-Lokal, Frenkenstraße 14. Thema: 5. WBS und Bevölkerungswachstum. Referent: Genosse Schenk.

22. 20 Uhr, Mitgliederabstimmung um 19 1/2 Uhr in der Blumen-Traube, Schöner Straße 26. Thema: Sozialismus, Kommunismus, Faschismus. Referent: Dr. Ludwig.

23. 20 Uhr, Mitgliederabstimmung um 19 1/2 Uhr bei Wende, Kollwitzstr. 14. Thema: Die englische Arbeiterbewegung. Referent: Genosse H. Wierle.

Stimm-Referent: Götlich. 24. 20 Uhr, Mitgliederabstimmung um 19 1/2 Uhr im Schönerhof, Kollwitzstr. 14. Thema: Die Sozialpolitik der Regierung Brüning. Referent: Wäldchen, M. d. N.

Frauenveranstaltungen: 13. Kreis Tempelhof, Marienhof, Marienstraße, Kollwitzstr. Am Donnerstag, dem 26. Juni, um 19 1/2 Uhr, bei Frau Wäldchen, Chausseest. 123. Kreisvereinsabstimmung...

Bezirksauswahl für Arbeiterwohlfahrt: 24. Kreis Tempelhof, die Wahlung der Arbeiterwohlfahrt bei Frau Wäldchen am 26. Juni, 19 Uhr, bei Frau Wäldchen, Chausseest. 123. um 19 1/2 Uhr nach bekanntzugeben.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, Bezirk Groß-Berlin: Nächste Zusammenkunft Dienstag, 26. Juni, im 'Lokal Tams' (M. d. N.).

Bereinigung sozialdemokratischer Studierender: Sonnabend, 23. Juni, Sommerferien zusammen mit der Arbeiterwohlfahrt...

Jungsozialisten: Gruppe Reinickendorf, Donnerstag, 26. Juni, 20 Uhr, öffentliche Versammlung im 'Lokal Tams'.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin: Johannes Schöps, Die Bedeutung der erweiterten Helfer unserer Organisation...

Funkwinkel. Ein Schallplattenkonzert gibt am Sonntag vormittag einen Querschnitt durch die Leistungen des großen Lenors Louis Bravura. Fünf Arien stehen auf dem Programm...

Tameras, 26. Juni, 9 Uhr, im Rathaus. Die Gruppen der Arbeiterwohlfahrt, der Arbeiterwohlfahrt, der Arbeiterwohlfahrt...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation: 24. 20 Uhr, Unter welcher Nummer Julian Vogel, Gleditschstr. 7, ist am 20. Juni nach langer Krankheit verstorben...

Vorträge, Vereine und Versammlungen: Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold'. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seeblickstr. 27-28, 2. Etage.

Allgemeine Wetterlage: 23. Juni 1930, abds. Wetterkarte mit Isobaren und Wetterbedingungen über Europa.



Während in der östlichen Hälfte Mitteleuropas die Erwärmung weitere Fortschritte machte, bestand sich schon am Montag der westlich Teil im Bereich einer etwas kühleren, seichteren Luftmasse...

Wetterausblick für Berlin: Teils wolkig, teils heiter mit etwas Gewitterneigung, Temperaturen niedriger als heute. - Für Deutschland: Auch im Nordosten unter Gewittern etwas Abkühlung...

Kinderfest bei Tisch: Viele kleine Leute finden sich in diesen Tagen im Kaufhaus Tisch, Leipziger Straße, zum Marionettentheater ein. Mit neuartig konstruierten Figuren, die nicht mehr mit Schnüren von oben geführt werden...

Kritik am System Schiele.

Die Landwirtschaftsdebatte des Reichstags.

In der gestrigen Reichstagsdebatte führte Reichslandwirtschaftsminister Schiele weiter aus: Eine gute Roggenernte ist in diesem Jahr nicht sicher vorauszu sehen. Roggenweizensteigerung von jährlich 750 000 Tonnen kann eine neue Krise verhindern. Bei der jetzigen internationalen Krise bedeuten die Einfuhrschieine eine Verschleuderungsgefahr für einheimische Produkte. Mit Hafer und Gerste ist der internationale Markt überfüllt.

Stärkere Anspannung des Einfuhrschieinens nützt also nichts, sondern nur die Einschränkung der Futtermittelaufuhr.

Der Braugerstezoll muß erhöht werden. Der Uebergang vom Hafer- und Gersteanbau auf Sommerweizen, der bereits beginnt, bedeutet die einzige wirkliche Hilfe.

Die Zucker- und Kartoffelkrise ist nicht durch Export, sondern nur durch Zufütterung des Ueberflusses und den Spritzweizenanbau zu Benzol und Benzol lösbar. Eine viel schwerere Krise droht der Berieselungsproduktion, die keineswegs das Allheilmittel für die Getreideproduzenten ist. Ein ausreichender Zollsatz ist die einzige Hilfe für die Butter-, Käse- und Fleischproduzenten.

Das Reichsmilchgesetz soll durch Qualitätskontrolle und Absatzorganisation den Milchverbrauch heben. Eine Ueberproduktion an Schweinen droht aus neuem, nur Exportförderung kann helfen. Maßnahmen zur Verbesserung der Verwendung einheimischer Fette zur Margarine- und Seifenfabrikation sind eingeleitet. Die Neuregelung der Eierzölle, der Abstempelungszwang für Frischfleisch, die Abgabe von verbilligtem Futtermehl muß die Befähigung heben. Dennächst wird

ein Handelskassengesetz für landwirtschaftliche Erzeugnisse

vorgelegt werden, das dem Erzeuger eine Haftung für die Güte seiner Produkte auferlegt. Die Preisrisiko zwischen Agrar- und Industrieerzeugnissen (Agrarindex 109, Industrieindex 152) muß durch Maßnahmen gegen Uebererschwingung des Marktes nach der Ernte gesichert werden. Die Industriepreise müssen gesenkt, die Agrarpreise erhöht werden, hauptsächlich durch Senkung der staatlichen und sozialen Lasten. (Sehr richtig! rechts.) Aber auch die Differenz zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen muß verhindert werden. (Zuruf von den Soz.: Dafür sind Sie der richtige Mann!) Die Landwirtschaft ist im Niedergang; die Jugend flieht den notleidenden Acker. Das Land ist die Quelle der Geburtenrückbildung, die in Deutschland zu versiegen droht. Der Zugang vom Lande kann in der Industrie nicht mehr aufgenommen werden und erhöht die Arbeitslosigkeit. Die Beseitigung der deutschen Wirtschaftsnote geht uns über die Beseitigung der Not der Landwirtschaft und des deutschen Orients.

Die Osthilfe ist keine Dotation oder Subvention.

Die Krankheit der ostdeutschen Wirtschaft droht die ganze deutsche Wirtschaft zu ergreifen. Die Osthilfe ist also ein Akt der Staatsraison. Das Gesetz über die Abfällungsanstalt ist untrennbar mit der Osthilfe verbunden, damit Umschuldung und Volkstrustschuß gelingen. Die finanzielle Durchführbarkeit soll nächstes Jahr in der Finanzreform gesichert werden. Da die Steigerung eine nationalpolitische Aufgabe ist, bestimmt das Ostprogramm, daß mindestens 60 Proz. aller Siedlungsmittel dem Osten zufließen. Etwa 50 Millionen sollen jährlich an Zwischenkrediten für Siedlungszwecke ausgemessen werden. Dafür ist aber eine Sicherstellung der Dauerfinanzierung notwendig, die bis zu 225 Millionen geben soll. Für Umschuldung sollen Reich und Preußen gemeinsam 400 Millionen in fünf Jahren für die noch sanierungsbedürftigen Betriebe auswerfen.

Alle Herabsetzungen des Reichsbankdiskonts ermächtigen nicht den Zinsfuß für die landwirtschaftlichen Kredite.

Die noch immer 8 bis 9 Proz. betragenden. Dies- und jenseits des polnischen Korridors sollen die Gemeinden Realsteuererleichterungen erhalten. Die Reichsregierung erbittet die Ermächtigung, im Einvernehmen mit der preussischen Staatsregierung Ausführungsbestimmungen zu erlassen, wobei schon bestehende Einrichtungen und Stellen benützt werden sollen. Wenn die Regierung sich trotz der schwierigen Finanzlage bereit erklärt, Bürgschaften für Hunderte Millionen zu übernehmen, so nur im Interesse des großen Wertes, zu dem uns der Herr Reichspräsident ausgerufen hat, nämlich zur Rettung der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Ostens. (Beifall rechts.)

Die Redezeit wird auf zwei Stunden pro Fraktion festgesetzt, was den Präsidenten Löbe zu der Bemerkung veranlaßt, daß dann die Tagung bis Ende Juli gehen werde.

Abg. Schmidt-Röpenid (Soz.):

Einer Reichsregierung, die kein Geld hat für die Arbeitslosen, kann man nicht zumuten, daß sie diese Probleme lösen kann. Wann kommen die Landwirte endlich zur gemeinsamen Regelung der Produktion? Durch zollpolitische Maßnahmen wird nichts erreicht, das sollte man schon erkannt haben.

Gedewirtschaftlich scheinen die Landwirte noch recht unwissend zu sein.

Bei der Landwirtschaftlichen Ausstellung in Köln hat man einen Rittmeister a. D. weil er behauptete, in Rot zu sein, sofort angestellt, und da man ihn nicht zur Bewachung der Ochsen verwenden konnte, setzte man ihn an die Kasse. Zwei Tage rechnete er brav und treu ab, am Abend des Himmelfahrtstages, der starken Besuch gebracht hatte, war er verschwunden. (Zuruf rechts: Bei Ihnen ist noch nie etwas unterschlagen worden.) Ach, reden Sie nicht so dumm, solche Scherzstücke gibt es in der Arbeiterbewegung nicht, die einem Unbekannten sofort die Kasse anvertrauen. Sollten Sie aber Untersuchungen in Gewerkschaften, Krankenkassen usw. meinen, so erinnere ich Sie an die Vorgänge bei landwirtschaftlichen Genossenschaften, Raiffeisenkassen und dergleichen mehr. Wenn sich bei den Landwirten ein ehemaliger Militär meidet, wird er gleich angestellt. Es wäre wahrscheinlich besser für die Landwirtschaft, wenn nicht so viele Stellen im Landwehr und bei landwirtschaftlichen Anstalten mit ehemaligen Offizieren besetzt wären.

Zu den vielen geschäftlichen Unternehmungen, für die das Ministerium gewaltige Summen auswirft, hat der Rechnungshof zahlreiche Bemerkungen über ungenügende Kontrolle gemacht. Außerdem wird das Ministerium durch diese Angelegenheiten seinen eigentlichen Aufgaben stark entzogen. Was die Zinsverbilligung anbelangt, so können wir auf Grund zahlreicher Mitteilungen feststellen, daß

landwirtschaftliche Genossenschaften heute noch 14, 15 und 16 Proz. Zinsen nehmen, und gerade solche Genossenschaften, die von Reich und Staat unterstützt werden;

sie scheinen auf dem Standpunkt zu stehen, daß nur durch hohe Zinsen neues Kapital gebildet wird. Dazu werden noch bei Zahlungsunfähigkeit 5 Proz. täglich aufgeschlagen. (Hört, hört! links.) Will das Ministerium nicht dem entgegenwirken, daß der Genossenschaftsrecht heute der lausende ist?

Zu den Maßnahmen für das Molkereiwesen erinnert man sich der Einlagerung von Weichtäse in Bayern. Ist Ihnen, Herr Minister, der Käse noch nicht fortgegangen oder wollen Sie dieses Geschäft weitertreiben, daß, wenn Sie irgendwo zu einer Versammlung eingeladen sind, Sie gleich umfangreiche Maßnahmen versprechen, wie Sie es im Allgäu mit jenem Erfolg getan haben? (Heiterkeit links.) Es kommt für die Zukunft darauf an, Qualitätsware zu erzeugen. Wenn es aber so weitergeht, wie bisher, dann dürfen nicht Reichsmittel dafür verwendet

werden. Der Bericht des Ministers sagt, daß durch Entnahme von 6400 Stück Großvieh in Nordwestdeutschland der Marktpreis um 8 bis 10 Mark erhöht worden sei. Aber wie lange hält so etwas an? Die gleich darauf weiter sinkende Preisentwicklung beweist doch, wie nutzlos derlei Maßnahmen sind. Wir beantragen deshalb, die geforderten 6 Millionen zur Stützung des Schlachtviehmarktes zu streichen. Auch die öffentlichen Mittel für genossenschaftliche Viehverwertung werden zum großen Teil verschleudert. 2 080 000 Mark sind für den Ausbau der Viehmärkte hergegeben worden, davon hat eine recht überflüssige Zentralfeste der Viehverwertungsgenossenschaften 15 Proz., nämlich 312 000 Mark bekommen. Ja, sogar eine halbe Million soll ihr gegeben werden sein.

Den Schlachtviehhandel will man auch durch Ueberlieferung von — Potolen fördern, die unter den Agrariern „Wertheim-Potole“ genannt werden. Hoffentlich werden diese Potole später mit deutschem Wein gefüllt und nicht mit französischem. Wie lange sollen noch Reichsgelder für solchen Unfug verwendet werden? Würde in der Kranken- oder Arbeitslosenversicherung so gewirtschaftet werden, so wäre die Rechtsprelle voll davon.

Es ist doch bezeichnend, daß amtlich mitgeteilt wird, 250 000 Mark für Kartoffeleinfuhrer wurden den Landwirten zur Berausgabung förmlich eingeredet werden! Die Marktbeobachtung wird in satirischen Zeichnungen der „Deutschen Tageszeitung“ lächerlich gemacht. Das ist die Antwort auf den guten Willen des Reichstags, der Geld dafür bewilligt. Tatsache ist, daß nur 20 Proz. der deutschen Landwirte kaufmännisch wirtschaften, die große Masse verläßt sich auf Hilfsgeher von Reich und Staat.

Bei der Reichsgetreidestelle erscheinen wieder einmal jene 35 Millionen, die immer wieder durch den Etat reisen und die nur ein Bluff sind.

Der Minister hat gesagt, wir hätten den Maßnahmen zugestimmt, durch die der Roggenpreis auf 230 Mark gebracht werden sollte. Das ist unrichtig, wir haben das nur passieren lassen. Leichtfertige Landwirte, die es auch hier im Hause gibt, haben gemeint, wenn Schiele Minister wird — er ist ja ins Ministerium gekommen, als sein Vorgänger noch nicht heraus war (Heiterkeit links) — dann würde der Roggen sofort auf 230 Mark steigen. Es ist nicht geschehen. Nur Einschränkung des Roggenbannes und Förderung des Weizenbaues kann Besserung schaffen.

Vom Brotgesetz verlangen wir, daß es den Brotgewicht festsetzt. Nach der ersten Ausschusssitzung ist diese Bestimmung auf Befehl der Wirtschaftspartei gestrichen worden.

Nicht das Brotgesetz, sondern nur der Bau von Qualitätsweinen kann unseren Weinern helfen. Aber in der Pfalz haben die Weinbauern revoltiert, weil die bayerische Regierung die minderwertigen Reben zerstören ließ. Was geschieht gegen das Hantekreuzletreiben in der Joffener Landwirtschaftsschule? Ein Lehrer, der dagegen auftrat, ist gekündigt worden. (Hört, hört! links.)

Mit unserem Agrarprogramm und unserer Kritik stimmt überein, was die „Handels- und Industriezeitung“ ausgeführt hat. Aber

der Reichsverband der Industrie, der die Kartellpreise nicht herabsetzt, hat auch nicht das Recht, der Landwirtschaft vorzuschreiben, was sie tun soll.

Der Minister hat uns im Ausschuss eine Karte von Deutschland überreicht, auf der die Verschuldung der einzelnen landwirtschaftlichen Produktionsgebiete eingezeichnet ist. Der Minister sprach dann davon, daß Ostpreußen durchweg zu 100 Proz. verschuldet sei; auf der amtlichen Karte war aber nur ein ostpreussischer Kreis mit einer Verschuldung von über 80 Proz. des Einheitswertes eingetragen, die übrigen Kreise mit einer weit geringeren Verschuldung. Der Einheitswert ist aber wesentlich geringer als der Verkehrswert, so daß die

wirkliche Verschuldung nur 30 bis 40 Proz. des Wertes beträgt.

Ich habe Material von Großgrundbesitzern der östlichen Provinzen, die zu ihrem nicht gerade kleinen Besitz noch Tausende von Morgen dazu pachten oder kaufen konnten. Die Nachrichten über die Zahl der Zwangsversteigerungen von landwirtschaftlichen Betrieben werden von den Landwirtschaftskammern stark übertrieben, da jeder einzelne Versteigerungstermin, der meistens für ein Bestium mehrmals angelegt wird, als neue Versteigerung in die Statistik aufgenommen wird. Die bisherigen Umschuldungsmethoden garantieren keineswegs, daß nur Unterhaltungsbedürftige und -bedürftige in den Genuss der Kredite kommen.

Es kommt oft genug vor, daß bereits umgeschuldete Betriebe jetzt schon wieder in Schwierigkeiten sind.

Wir lehnen die Mittel für Besserhaltung durchweg ab. Wir wenden uns auch gegen das Verfahren der ostpreussischen Generallandschaft, die, wenn ein Käufer für verschuldete Betriebe auftritt, die Hypotheken zurückzieht, um den Besitz dem verschuldeten Landwirt zu erhalten. In der privatrechtlichen Gesellschaft muß eben jeder einzelne Besitzer die Verantwortung für seine wirtschaftliche Unfähigkeit tragen. Man hat die Notwendigkeit der Ostpreußenhilfe auch mit dem besonders ungünstigen Klima begründet. Man hat aber, wie auch bei anderen Zahlen, die Verhältnisse des ungünstigsten Kreises einfach verallgemeinert, so daß man das ganze Zahlenmaterial, mit dem die Osthilfe begründet werden soll, nur als einen Bluff bezeichnen kann. (Erregter Widerspruch rechts.) Das Gebiet der Hilfsmassnahmen muß eine feste Begrenzung erhalten.

Endlich einmal muß das Schlagwort von den blutenden Grenzen verschwinden, von der Not, die bis an die Elbe reicht. Wir bedauern den Verlust von deutschen Gebieten, aber wir müssen uns damit endlich einmal abfinden.

(Zuruf rechts: Nein, niemals!) Wir protestieren dagegen, daß ein östliches Rotgebiet bis zur Elbe und ein weißliches Rotgebiet fast ebenso weit durch das Gesetz der Interessenten geschaffen wird, so daß vielleicht nur noch der Wassertopf Berlin in der Mitte übrig bleibt, der für alle Rot aufkommen soll. (Beif. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Hergt (Dnat.): Es ist demoralisierend für die Landwirte, einzeln um Hilfe betteln gehen zu müssen, was bei dieser individuellen Subventionspolitik unvermeidlich ist.

Subventionspolitik ist immer Korruptionspolitik.

Mit den jahrelangen Steuererhöhungen, die den Landwirt immer schwerer belasten, muß endlich Schluß gemacht werden. Die Zahlungszahlen der Osthilfe können uns nicht imponieren, weil

wir an Moldenhauers Beispiel verlernt haben, an Versprechungen zu glauben. Wenn uns zugemutet wird, unter dem Druck der Rot der Landwirtschaft dem Duntim zwischen Osthilfe und Finanzreform zuzustimmen, so weise ich diese unmoralische, ja unethische und unkeusche Zumutung entschieden zurück. (Heiterkeit links.) Man sollte die Rot des deutschen Ostens und der deutschen Landwirtschaft nicht immer erst wieder nachweisen müssen, sondern sie endlich als feststehende Tatsache anerkennen. Mit dem Gebietsverlust findet sich im Reichstag hoffentlich nur der Abg. Schmidt-Röpenid ab. Zum Schutz der Grenzen vor der slawischen Flut müssen alle Mann, auch die Sozialdemokraten auf die Weiche. (Beifall rechts.)

Abg. Bornfeld-Ettmann (Z.): Die Ausführungen des Abg. Schmidt-Röpenid sind eine Entgleisung. Der Mangel an Kapital macht es der deutschen Landwirtschaft so schwer, ihre Betriebe zu rationalisieren.

Der Bauer weiß, daß Zölle allein ihm nicht helfen können, daß sie aber auch unentbehrlich sind.

Man soll die Behauptung nicht so tragisch nehmen, daß unsere Handelsvertragspartner durch die deutschen Agrarzölle beunruhigt sind. Man muß unter Umständen auch zur Kündigung von Handelsverträgen schreiten, um die Butter- und Milchzölle überhaupt wirksam werden zu lassen.

Abg. Günther (D. Sp.) schildert an Beispielen die Not der Bauern. Trotz der stark gesunkenen Roggenpreise ist das Brot in Frankfurt a. M., auch das Roggenbrot, erheblich verteuert worden. Die Schuldigen sollten festgestellt werden.

Abg. Hepp (Christlichnat. Bayern) fordert Lösung der Zollbindungen für so ziemlich alle Lebensmittel. Bei dem deutsch-polnischen Roggenhandel des Dr. Baade scheint der deutsche Roggenbau zu kurz zu kommen und der polnische zu gewinnen.

Hohe Zinsen fordern die landwirtschaftlichen Genossenschaften nur zwangsläufig nach dem Beispiel der Bauernkassen.

Die Reichsanstalt für Angestelltenversicherung hat jetzt den Zinssatz von 6 auf 8 Proz. erhöht.

Abg. Lang (Bayer. Sp.) klagt über das Vordringen der großstädtischen „Asphaltkultur“ auf dem Lande. Der Bergnützungsausschuß verdrängt die überkommene Sitte, die Bauernfinder verlieren die Heimat. Retten Sie das schwerbedrohte bodenständige Bauerntum!

Abg. Hoernle (Komm.): Der Weizenzoll, der Vermahlungsantrieb, der sogenannte Verfüttungsantrieb sind von der Müller-Regierung übernommen und von der jetzigen Regierung ausgebaut worden und verschaffen nur den Großagrariern glänzende Sondergeschäfte. Das Auslandsgetreide sinkt im Preis; die Getreidepreise in Unland werden ständig in die Höhe getrieben.

Obgleich Inlandweizen in Deutschland gar nicht mehr vorhanden ist und auf der Berliner Börse nicht mehr notiert wird, wird der Vermahlungsantrieb für Inlandweizen ausrecherhalten.

Die Sozialdemokratie ist mitschuldig an den Zollerhöhungen. Die Siedlung soll Landarbeitern den „Aufstieg“ in das Kleinbauerntum von heute ermöglichen. Der preussische Landwirtschaftsminister Steiger hat diese Kleinbauern als die billigsten Ausbildungsarbeiter für den Großgrundbesitz bezeichnet. Die Osthilfe macht nur ostelbischen Großgrundbesitzern und oberclassischen Industriellen Geschenke.

Abg. Dr. Drees (Z.): Vor einem Jahr wird wohl noch kein Sozialdemokrat geglaubt haben, daß er für einen 12-Mark-Weizenzoll stimmen wird. Die Einsicht, aus der das Geschehen ist, zeigt doch, daß das parlamentarische System nicht so leicht sein kann. Die Politik Schiele ist nicht wesentlich verschieden von der seines Vorgängers Dietrich. Die scharf abtönende Haltung der Sozialdemokraten kann man also nur aus ihrer jetzigen Oppositionsstellung erklären, ebenso die viel zu weit gehenden Behauptungen des Abg. Schmidt-Röpenid über die geringe Steuerleistung der Landwirtschaft, bei der übrigens Kinderzahl und Familienlasten ungleich weniger berücksichtigt werden als bei der städtisch-industriellen Bevölkerung.

Am 19. Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf heute 11 Uhr.

Nationaltrüpel.

Diesmal in Deutsch-Oberschlesien.

Oppeln, 23. Juni.

Zu polnischen Blättermeldungen über einen Zwischenfall in Rosenberg wird von zuständiger deutscher Stelle mitgeteilt:

Oberpräsident Dr. Lukaschewitz wurde am Sonntagabend um 9.50 Uhr von dem polnischen Generalkonsul Rathomme aus Rosenberg in Oberschlesien angerufen, der ihm mitteilte, daß er sich bedroht fühle. Auf die Frage des Oberpräsidenten, ob er dem Landrat des Kreises Rosenberg bereits Mitteilung gemacht habe, erklärte der Generalkonsul, daß er sich bisher nur an den Bürgermeister von Rosenberg gewandt habe, der auch sofort gekommen sei, aber mit drei Mann Polizei ausreichenden Schutz nicht gewährleisten könne. Der Oberpräsident verständigte sich darauf sofort mit dem Bürgermeister, der ihm mitteilte, daß die Lage nicht so gefährlich sei und er die Menge schon beruhigt habe.

Der Oberpräsident hat wenige Minuten nach dem ersten Anruf auch mit dem Landrat gesprochen, der die Landjäger aufbot, während der Oberpräsident das Oppelner Ueberjalkommando als das nächstgelegene nach Rosenberg in aller Eile entsandte.

Anlaß zu alldem gab folgendes Geschehnis:

Nach Beendigung einer polnischen Theateraufführung, die ohne Zwischenfall verlief, hatten sich polnische Künstler gemeinsam mit Rosenberger Polen in einem Restaurant am Ring zum Abendessen versammelt, wobei auch zum Tanze aufgespielt wurde und polnische Lieder gesungen wurden. Darauf sammelten sich 15 bis 20 junge Leute vor dem Gasthaus an und sangen angeblich „Siegreich woll'n wir Polen schlagen“. Außerdem wurde ein kleiner Stein durch das offene Fenster geworfen, er fiel in der Höhe des Generalkonsuls Rathomme zur Erde.

Als sich die Schauspieler zu dem um 22.30 Uhr nach Rattomitz abgehenden Zuge auf den Bahnhof begaben, wurden sie von einer Anzahl junger Burischen begleitet, die johlten und piffen. Zu weiteren Belästigungen der Polen ist es, soweit bisher bekannt, nicht gekommen.

Am Bahnhof hatte sich der Landrat eingefunden, um nach dem Rechte zu sehen. Unmittelbar nach der Abfahrt des Zuges war auch das Oppelner Ueberjalkommando an Ort und Stelle; es brachte nicht mehr einzugreifen.

Nach deutscher Ansicht handelt es sich lediglich um Rüpeltanz unverantwortlicher junger Burischen, gegen die mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln eingegriffen wurde.

Wahl für Steuerflüchtige.

Wucherndes Tausendguldenkraut im Fürstentum Liechtenstein.

Zwischen den Schweizer und Borarlberger Bergen liegt das Fürstentum Liechtenstein: Ein Ländchen von Lippisformat, von operettenhafter Puhligkeit seines staatlichen Apparates. Ganze 157 Quadratkilometer groß — 1/4 der Fläche Berlins — bewohnt von 10 000 Untertanen des Fürsten von Liechtenstein — die ganze Herrlichkeit sieht nicht danach aus, als ob man sie anders als durch die rosa gefärbte Brille eines Reisefeuilletons betrachten könnte. Aber es gibt eine Eigenschaft dieses Ländchens, dem die üblichen Reisefeuilletons zumeist nicht gerecht werden und die es doch verdient, einmal etwas gründlicher betrachtet zu werden.

Die Liechtensteiner sind nämlich die geringst besteuerten Europäer.

Ja, man wird schon in reichlich unzulivillierte Gegenden gehen müssen, um gleich geringe steuerliche Belastungen zu finden. Die Erwerbssteuer, die von Lohn und Gehalt gezahlt werden muß, beträgt nur 1 Proz. dazu kommen noch Salzmonopol, Alkoholsteuer und eine geringe Besteuerung der Erbschaften — selbst unter Zurechnung der Gemeindefürsorge stellt sich die Steuerlast auf den Kopf der Bevölkerung nur auf etwa 30 Franken durch direkte und indirekte Steuern. Und trotz dieser geringen steuerlichen Belastung der eingeborenen Bevölkerung, trotz schwieriger und umfangreicher Wiederaufstellungen und Rheindammbauten hat das kleine Land in diesem Jahre etwa 60 Franken Ueberschuß pro Kopf! Wie ist das möglich?

Sehr einfach: Liechtenstein ist die Zufluchtsstätte landflüchtigen Kapitals aus allen Ländern mit stärkerer steuerlicher Belastung, es nutzt seine Souveränität ungefähr in der Weise mittelalterlicher Feudalherren, die gegen entsprechende Besteuerung auch ein warmes Herz für die im Mittelalter unterdrückten Juden hatten, wenn diese reich genug waren. Nur daß man jetzt in Liechtenstein nach modernen Grundsätzen arbeitet, nach dem Prinzip: „Die Menge muß es bringen.“

Liechtenstein erhebt nämlich von Gesellschaften und Stiftungen, die ihren Steuerwohnsitz dort haben, an Steuern nur 1/2 Proz. pro Mille des Gesellschaftskapitals. Welch verschwindend kleine Abgabe das ist, wird klar, wenn man sich berechnet, daß hier auf einem Kapital von 100 000 Franken nur fünfundsiebzig Franken Abgaben liegen! Daß sich die Kunde davon immer mehr herumspricht, kann man aus der Tatsache ersehen, daß die Zahl der Domizilunternehmungen und Stiftungen in Liechtenstein, die im Jahre 1927 noch 310 betrug, im Jahre 1929 auf 579 angewachsen ist. Diese 579 Unternehmungen, unter denen sich so nette Fische wie z. B. Ford befinden, werfen an regulären Steuern im Jahre 1929 dem Staate Liechtenstein 318 483 Franken 78 Centimes ab. Die Steuererträge der vorhergehenden Jahre betragen für 1927 205 281,35 Franken, für 1928 275 334,47 Franken.

Die Erträge der Gesellschafts- und Stiftungssteuern haben also während zweier Jahre um 113 202,43 Franken zugenommen, d. h. das „Schuhjuchende“ Kapital ist in zwei Jahren um 150 936 000 Franken angewachsen!

Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Summe nur die Minimalzahl darstellt, denn es besteht in Liechtenstein für diese Steuern die Möglichkeit der Pauschalierung, die den Kapitalisten noch besondere Vorteile bietet, und unter den pauschalieren Gesellschaften genieszen wieder 33 die „altpauschalierter“ Gesellschaften. Neben den „normalen“ Steuern bringen die Emissionsabgaben, die Couponabgaben und die Gründungsgebühren dem liechtensteinischen Staate nun noch besondere Einnahmen, die im Jahre 1929 sich folgendermaßen zusammenfugten:

a) Emissionsabgaben:	Franken
Obligationen	788,20
Aktien	155 373,30
Wertpapierumsätze	50 838,60
Bräunigungslizenzen	5 881,91
Frachttulden	491,20
Stempelmarken	1 036,75
Zusammen	214 429,96

b) Couponabgaben:	Franken
Obligationen	3 517,45
Aktien	90 709,50
Stammaktienanteile	11,75
Zusammen	94 238,70

Die Liechtensteinsche Gründungsgebühr betrug allein im Jahre 1929 die Summe von 52 662,60 Franken. Es wäre überflüssig, diese Rechnungen so genau wiederzugeben, wenn nicht aus ihnen hervorginge, daß eine einheimische Industrie für das Steuerertragsvermögen des Landes so gut wie gar keine Rolle spielt und daß fast die gesamten Steuern von den Domizilgesellschaften aufgebracht werden, für die hier kein Rotor läuft und nur zu Zwecken des Verkehrs mit liechtensteinischen Steuerbehörden ab und zu eine Schreibmaschine kloppt!

Die Namen der Gesellschaften werden übrigens wie Staatsgeheimnisse gehütet.

weder der Rechenschaftsbericht der fürstlichen Verwaltung an den Landtag, noch irgendeine andere Stelle gibt über Nam' und Art Auskunft, kein Büropalast, nicht einmal ein Emaillenschild gibt Bescheid über diese illustren Gäste. So weit kleinere Kapitalisten des Auslands in Frage kommen, sorgen die Vertrauensleute der „Treuunternehmer“ dafür, daß sie dieselben Vergünstigungen wie das große Kapital genießen können.

Die Niedrigkeit der liechtensteinischen Steuerfüße ist eins der Argumente, deren sich die Fremdenverkehrsverwaltung mit Vorliebe bedient, man wirbt ja nicht nur um Durchzug des Fremdenstromes, sondern um die Niederlassung „landfremder“ Elemente, und schon entsteht auf den Anhöhen über Baduz, der Hauptstadt des Landes, ein Villenviertel, das jedem weltlichen Borort Berlins Ehre machen würde. Die Besitzer dieser Villen sind meist Deutsche. R. E.

rend der Großhandelsindex um 8,3 und der Index der reaktionären Waren, zu denen auch der Schrott gehört, sogar um 19,6 Prozent unter den Durchschnitt des Jahres 1926/27 gesunken waren. Die konjunkturunwürdige Hochhaltung der schwerindustriellen Preise kann kaum deutlicher gekennzeichnet werden als durch diese Ziffern.

Schweigen bei Wintershall.

Wieder 12 Prozent Dividende. — Publizität ist überflüssig.

Wenn das so weitergeht, wird sich die Verwaltung der Wintershall A. G. (früher Kali-Industrie A. G.) in absehbarer Zeit darauf beschränken, der gebührenden Öffentlichkeit überhaupt nur noch die Dividende mitzuteilen; der Geschäftsbericht für 1929 ist mehr als knapp. Und das erlaubt sich ein Unternehmen mit einem Kapital von 200 Millionen, dessen Bilanz auf einer Seite die Summe von 400 Millionen bei weitem überschreitet und das fast 40 Proz. eines der wichtigsten öffentlich-rechtlichen Verbände, des Kali-Syndikats, innehat.

Da heißt es im Bericht: „Herstellung und Absatz von Neben-erzeugnissen konnten wir weiter steigern“ (bei welchen? um wieviel?); die Verhandlungen mit dem Reichsentscheidungsamt wegen der eis schaffischen Gewerkschaften wurden „erfolgreich weitergeführt“ (finanzielle Auswirkung des Erfolgs?); die Werke haben „in jeder Weise zufriedenstellend“ gearbeitet und befinden sich „im Zustande höchster Leistungsfähigkeit“ (bei 38 arbeitenden Schächten und 11 chemischen Fabriken die neugierige Frage: welche Werte besonders zufriedenstellend, und wie weit wird diese höchste Leistungsfähigkeit ausgenutzt?). So könnte das Frage- und Antwortspiel weitergehen. Ueber die höchst wichtige Gemeinschaftsgründung von Rißner und Wintershall, die Stickstoffwerke Gewerkschaft Victor, Raugel, wird nur gesagt, daß der Absatz der Produkte begonnen habe. Ebenso „viel“ sagend äußert man sich über die Rißnerdüngersabrik Sondershausen, deren Produkte für die Technik der künstlichen Düngung in der Landwirtschaft von größter Bedeutung werden können. Der Gesamtabsatz wird nur in Reinfakt angegeben; er ist mit 5 800 387 Doppelpennern etwas höher als im Vorjahre.

Natürlich hat man jede Erläuterung der Bilanzziffern unterlassen. Die Anlagen haben einen Wertzuwachs von 143 auf über 168 Millionen erfahren; 20,7 Millionen — etwas weniger als im Vorjahre — wurde abgeschrieben, ohne Angabe, welcher Teil auf jeden der 13 Anlageposten entfällt. Beschreibungen wuchsen um 6 Millionen (wofür bleibt ein Rätsel) auf 26,6 Millionen. Die Vorräte erhöhten sich ebenfalls um 6 Millionen auf 23,8 Millionen. Bankguthaben stiegen auf 82 Millionen und sonstige Schuldner auf 131 Millionen; diese beiden Posten enthalten vor allem die Forderungen an die Tochtergesellschaften (in erster Linie Kali-Bank und Gewerkschaft Wintershall).

Die Passivseite ist zunächst durch die Beteiligung an der englischen Pfundanleihe des Deutschen Kalisyndikats um 18,2 Millionen gestiegen; das Disagio darauf scheint man sofort in voller Höhe abgeschrieben zu haben. Die Schuldzinsen von 1918 (6,6 Millionen) wurden getilgt und die alte Anleihe durch 2 Millionen auf 92,8 Millionen ermäßigt. Starke gestiegen sind auch die Schulden, von 39,5 auf 55,5 Millionen (vor allem Schulden an die Tochtergesellschaften).

Der Reingewinn wird mit 24,1 Millionen um 1,5 Millionen niedriger als im Vorjahre ausgewiesen. Die 12 Proz. Dividende beanspruchen davon nominell 24 Millionen, zur Auszahlung kommen aber tatsächlich viel weniger, da die Gewerkschaft Wintershall selbst 60 Proz. des Kapitals besitzt; die Wintershall A. G. ist ja nichts weiter als die Holding-Gesellschaft der Gewerkschaft Wintershall für deren Kalisinteressen. Vermutlich wird auch der größte Teil der Steigerung der Schulden auf die Dividendenforderung der Gewerkschaft Wintershall aus dem Vorjahre zurückzuführen sein.

Ueber die Entwicklung im neuen Geschäftsjahre wird kein Wort gesagt.

Gewinnsteigerung der Depag.

Die Deutsche Petroleum A. G., Berlin, verteilt für das Geschäftsjahr 1929 wieder 4 Proz. Dividende auf ihr Kapital von 35 Millionen Mark. Der Reingewinn ist von 2,9 auf 3,7 Millionen, der Reingewinn um mehr als das Doppelte von 0,61 auf 1,4 Millionen Mark gestiegen. Die Anlagen haben im Wege der Selbstfinanzierung eine Erhöhung um 400 000 M. erfahren; sie haben nach Verminderung um die Abschreibungen einen Wert von 8,3 Millionen Mark. Wenn sich das Beteiligungskonto durch den Verkauf eines Depotpapiers von 19,13 auf 8,5, also um mehr als 10,5 Millionen gesenkt hat, ohne daß die Verwaltung dazu im Bericht ein Wortchen sagt, so ist das selbst für deutsche Verhältnisse ein starkes Stück. Im Zusammenhang mit diesem Verkauf haben sich die Forderungen um 8 auf 22,3 Millionen erhöht; die Schulden bei den Konzerngesellschaften sind um 2,5 auf 2,4 Millionen zurückgegangen. Die Rohstoffproduktion hat sich erhöht. Der Absatz scheint nicht in dem gleichen Maße gestiegen zu sein, da das Lager mit 4,75 Millionen einen um 1 Million höheren Wert ausweist. Bei dem gegenüber dem Vorjahre stark gebesserten Ergebnis kann die Verwaltung nicht verlangen, daß man ihrem Lamento über schlechte Preise und ungenügenden Zollschuß allzuviel Bedeutung beimißt.

„Wie Banken am Bier verdienen.“ Unter dieser Ueberschrift brachten wir am Sonntag eine Bilanzbesprechung über die Brauerei, bei der auf Angaben der Engelhardt-Brauerei Bezug genommen wurde, daß sich der Bierabsatz gegenüber dem Vorjahre erhöht habe. Die Engelhardt-Brauerei A. G. teilt uns mit, daß diese Feststellung nicht von ihr, sondern von einer Korrespondenz verbreitet worden sei, obwohl diese darauf hingewiesen wurde, daß die der Engelhardt-Brauerei A. G. zugeschriebene Feststellung nicht stimme.

Die Gewinne in Anlagen und Abschreibungen gestiegt. Die Schnellpressenfabrik Frankenthal ist nach dem großzügigen Ausbau ihrer Werke in den letzten Jahren das größte Unternehmen für den Bau von Rotationsmaschinen, Schnellpressen und Lössdruckmaschinen in Europa. Der Umsatz ist laut Geschäftsbericht im Jahre 1929 weiter gestiegen, und die Bilanz zeigt durchaus das Bild einer kräftigen Entwicklung. Wenn nur ein geringer Reingewinn ausgewiesen wird, so daß das Aktienkapital von 4,2 Millionen ohne Dividende bleibt, so ist der Grund dafür weniger im schlechten Geschäftsergebnis als in der Tatsache zu suchen, daß sich die Aktien überwiegend im Besitz der Vorstandemitglieder befinden. Die Zugänge auf den Anlagekonten in Höhe von einer halben Million wurden natürlich aus laufenden Einnahmen bezahlt. Die Abschreibungen wurden um mehr als 50 Prozent gegenüber dem Vorjahre auf 300 000 Mark erhöht. Wenn unter den Aktiven der Posten „Außenstände und Wechsel“ um über eine Million auf 4,1 Millionen zurückgegangen ist, so steht dem unter den Passiven ein Rückgang der Verbindlichkeiten von 950 000 Mark gegenüber. In dem ausgewiesenen Wert des Warenlagers sind eingeständenermaßen erhebliche Reserven; er ist um 4 Millionen etwa 300 000 Mark niedriger als im Vorjahre.

Horchwerke im Autoexport.

Vorsichtiger Filialneubau. — Warm keine Dividende?

Die Dividendenlosigkeit der Horchwerke A. G., Zwickau, findet ihre Erklärung in dem Bericht, den die Gesellschaft erst jetzt vorlegt, durch eine erhebliche Erhöhung der Abschreibungen. Für die beiden letzten Geschäftsjahre verteilten die Horchwerke je 8 Prozent Dividende auf das Aktienkapital von 5 Millionen; die Gesamtabschreibungen betragen in diesen Jahren 1927 (1926/27) und 1928 (1927/28) Prozent der ausgewiesenen Betriebswerte und Debitoren. In dem Abschluß per 31. Oktober 1929 hat die Verwaltung nun den Abschreibungsjahr auf rund 14 Prozent erhöht, ohne dafür eine Begründung zu geben. Auf diese Weise wird ein von 3,89 auf 4,72 Millionen gestiegener Fabrikationsgewinn aufgezehrt, der zur Verteilung einer 10-prozentigen Dividende die Möglichkeit gegeben hätte.

Der Umsatz entspricht mit seiner Steigerung (von etwa 28 Millionen auf 36 Millionen) den Hoffnungen, die die Verwaltung im vorigen Jahr aussprach. — Der Geschäftsbericht betont, daß der konsequente Ausbau der Auslandsorganisation gute Erfolge gebracht habe, so daß ein beträchtlicher und stets wachsender Teil der Produktion ausgeführt werden könne. Der Zugang auf den Anlagekonten in Höhe von 2,43 Millionen (Vorjahr 2,67 Millionen) wird mit weiterer technischer Vervollkommnung der Werke erklärt, die Erhöhung der Vorräte um 3,5 Millionen (Vorjahr: Verminderung um 1,23 Millionen auf 8,54 Millionen) mit der Erweiterung des Filialnetzes. Fremde Mittel haben die große Höhe von 19 Millionen Mark erreicht; dies findet jedoch seine Erklärung durch das niedrige Aktienkapital (5 Millionen), das, verglichen mit dem anderer deutscher Automobilfabriken, in keinem Verhältnis mehr zu dem Umsatz steht.

Aus dem kürzlich veröffentlichten Daimler-Benz-Abschluß ergeben sich beispielsweise für das Verhältnis Umsatz zu Aktienkapital die Ziffern 130:50 Millionen. Dem Eigenkapital von Daimler ist überdies noch eine langfristige Anleihe in Höhe von 20 Millionen hinzuzurechnen; der Export, der eine Investierung auf längere Sicht erfordert, macht bei der süddeutschen Gesellschaft zudem nur 15 Prozent des Umsatzes aus.

Unerfättliche Schwerverdiener.

Ein doppelter Reingewinn muß von der Kali-Chemie A. G. schon „ausgewiesen“ werden.

Die Kali-Chemie A. G., Vermächterin schwerindustrieller Chemieinteressen, hat so viel verdient, daß sie für 1929 einen verdoppelten Reingewinn auch für die Deckungsfähigkeit zugewandt (3,21 Millionen gegenüber 1,56 Millionen im Vorjahre), und zwar trotz umfangreicher Restinvestitionen und Erweiterungen „über Betrieb“ und einer Abschreibungssteigerung, die die Bildung großer Reserven nicht einmal mehr zu verbergen sucht.

In ihren über ganz Deutschland verteilten Werken hat die Kali-Chemie A. G. 1929 erhebliche Umstellungen vorgenommen. Nach dem Geschäftsbericht waren Ende vorigen Jahres etwa 60 Proz. der in Aussicht genommenen Rationalisierungsarbeiten ausgeführt; die Gesellschaft rechnet damit, das Umstellungsprogramm bis Ende 1931 abzuschließen und das Stammkapital dann „angemessen“ verzinsen zu können. 1929 werden statt 7 schon 9 Proz. Dividende gezahlt. Eine neunprozentige Dividende genügt diesen Schwerverdienern offenbar noch nicht; die Verwaltung glaubt in

ihren Bericht von ihren Arbeitern auch noch die Leistung von Ueberstunden und allgemein eine „zeitgemäße Neuordnung der Gehalts- und Lohnfragen“ fordern zu müssen.

Die sieben Mitglieder des Aufsichtsrats, fast alle vielfache Lottienbesitzer, erhalten für 1929 178 000 Mark, im Vorjahre waren es „nur“ 65 000 Mark, beides aber ohne die festen Vergütungen und Spezen. So wird von den Großen der Kali-industrie „gespart“, die von ihren 4000 Arbeitern und Angestellten Ueberstundenarbeit und vom Staat systematischen Lohndruck verlangen, um eine „angemessene“ Dividende verteilen zu können.

Schlechter Zementabsatz im Mai.

Aber noch schlechtere Preispolitik der Zementindustrie.

Auch im Monat Mai blieb der Zementabsatz mit nur 656 000 Tonnen gegenüber dem Mai 1929 mit 840 000 Tonnen sehr stark zurück. Die Verschlechterung ist aber nicht so groß wie im vergangenen Monat April, wo sie gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres fast 40 Prozent betrug. Die Zementindustrie weist elegisch darauf hin, daß dieses Resultat eingetreten sei, obwohl die Zementindustrie die Preise doch ermäßigt habe. Offenbar will sie damit sagen, daß die Preisfestung eine Absatzsteigerung nicht herbeiführe.

Wir sind der Meinung, daß die Preisfestung für das Inland nicht groß genug war, und daß bei Herabsetzung auch der übrigen Baustoffpreise trotz der ungünstigen Finanzierung des Baumarktes die Nachfrage nach Zement sehr wohl steigen könnte. Diese Preisfestung wäre auch wohl möglich; wird uns doch berichtet, daß ostpreussische Bauern über die itauische Grenze von Deutschland nach Litauen ausgeführten Zement um 2,50 Mark billiger kaufen als bei direktem Einkauf von deutschen Firmen. Es wird also mit den deutschen Zementabnehmern bei der Preisfestung Schindluder getrieben, um deutschen Zement im Ausland zu schleudern.

Wie die Schwerindustrie die Preise trieb

Feststellungen des Konjunkturinstituts.

Im letzten Konjunkturbericht der Abteilung „Westen“ des Instituts für Konjunkturforschung werden für die Entwicklung in Rheinland-Westfalen bis Ende April 1930 einige interessante Daten beigebracht. Nach diesem Bericht ergibt sich, daß der Beschäftigungsgrad in Rheinland-Westfalen in den drei letzten Jahren 1928 bis 1930 immer höher war als im übrigen Reich; er stand im April 1928 mit 93,2 gegen 90,9 Prozent im übrigen Reich um 2,3 Prozent, im April 1929 mit 89,8 gegen nur 85,1 Prozent um 4,5 Prozent und im April 1930 mit 79,7 gegen 75,3 Prozent immer noch um 4,4 Prozent über dem Reichsdurchschnitt.

Sehr beachtlich ist die Feststellung, in welcher großem Maße die Preise der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie gegenüber den übrigen Preisen überhöht und in Widerspruch zur Konjunktur-entwicklung hoch gehalten worden sind. 1928/27 = 100 gesetzt wurden im Jahre 1928 gegen das Vorjahr die Produktionsmittel in Rheinland-Westfalen um 6,1 Prozent verteuert, während der Großhandelsindex nur um 1,7 und die reaktionären Warenpreise nur um 4,9 Prozent anstiegen. Mitte Mai 1930 war gegen 1928 das Mißverhältnis noch viel trasser geworden. Der Produktionsmittelsindex, bei dem die Montanprodukte miteingerechnet sind, stand um 4,3 Prozent über dem Durchschnitt 1926/27, wäh-

Grenzen der Kraftübertragung

Von Dipl.-Ing. Dr. A. Hamm

Daß die gegenwärtig in Berlin tagende II. Weltkraftkonferenz sich fast ausschließlich mit den Fragen der Energieübertragung und Verteilung befaßt, beweist wohl am besten, welche zentrale Stellung sie in unserem ganzen technisch-wirtschaftlichen System einnehmen. Ist doch ohne die Hochspannungsleitungen, die fast alle Länder wie mit einem Spinnwebennetz überziehen, die heutige Verteilung der Industrie ganz undenkbar, ebenso wie die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft vollkommen davon abhängt, daß ihr immer genügend elektrische Antriebskraft zur Verfügung steht. Denn Kraftverteilung bedeutet heute, darüber müssen wir uns klar sein, „elektrische“ Kraftverteilung, die Elektrizität ist das allgemein gültige Wechselgeld der Kraft. Die mechanische Kraft strömenden Wassers, die Wärmekraft der Kohle oder des Erdöls, sie werden alle zunächst einmal in elektrischen Strom umgewandelt, in dieser Form mehr oder weniger weit befördert und dann wieder in mechanische Kraft zurückverwandelt.

Daß dem nicht immer so war, ist bekannt, wenngleich sich allzuwenig nicht darüber klar sind, wieviel an Annehmlichkeiten und Vorteilen sie dieser Entwicklung verdanken. Nur diejenigen, die noch nicht an ein elektrisches Leitungsnetz angeschlossen sind, wissen es zu schätzen und bringen oft gerne die größten Opfer, um diesen Anschluß zu erreichen. Als vor etwa 20 bis 25 Jahren die Ära der Ueberlandzentralen begann, da war diese Entwicklung freilich noch nicht vorherzusehen, und man begann recht vorsichtig mit dem Ausbau der Leitungsnetze. Es liegt aber in der Natur der Dinge, daß man die Leistungen ständig zu steigern verlor, nicht nur die Größe der übertragenen Energie, sondern auch die Entfernung, auf die sie übertragen werden soll. So kam man zu immer höheren Spannungen, weil nur dadurch die gewünschte Steigerung erzielt werden konnte. Aber damit gelangte man verhältnismäßig früh, schon vor mehr als 20 Jahren, an eine Grenze. Es handelte sich damals um die Versorgung der Goldminen von Johannesburg in Südafrika, am sogenannten Rand, mit elektrischem Strom, den man wegen der Kohlenarmut Südafrikas gerne durch Wasserkraft erzeugen wollte. Dazu bot sich auch Gelegenheit, denn einer der größten afrikanischen Ströme, der Sambesi, entwidelte in seinen Viktorialfällen eine für die Randminen vollkommen ausreichende Energiemenge. Zwar waren diese Fälle 1200 Kilometer vom Rand entfernt, aber da mußte es genügen, wenn man die Spannung für die Uebertragung genügend erhöhte, vielleicht auf 80 000 bis 100 000 Volt. Doch mit einem Male zeigte es sich, daß das keineswegs genügte, daß man vielmehr auf eine unüberwindliche Grenze gestoßen war. Die aus rein technischen Gründen gezogene Entfernungs Grenze ließ sich mit den Mitteln, die damals der Elektrotechnik zu Gebote standen, nicht überschreiten.

Seitdem sind natürlich Fortschritte gemacht worden, die diese Grenze längst aufgehoben haben. Den unregelmäßigen Verlauf von Spannung und Strom auf einer langen Leitung bekämpft man, indem man besondere Maschinen an sie anschließt, und zwar an mehreren Punkten zwischen Anfang und Ende, deren Aufgabe es nicht ist, Strom zu liefern, sondern lediglich die, einen bestimmten Wert von Spannung und Stromstärke zu erzwingen, der festgehalten werden soll. Sie sind, um ein Bild zu gebrauchen, Röhren und Schleusen, die den Strom in ein bestimmtes Bett zwingen, ihn verhindern, falls, für die Uebertragung unerwünschte Richtungen einzuschlagen. Auch große Drosselpulen werden zum gleichen Zwecke

verwendet. Die bekannte 220 000-Volt-Leitung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes von Köln bis Vöhring, die eine Länge von über 600 Kilometer hat, war mit diesen neu geschaffenen Mitteln möglich geworden. Schon 10 Jahre vorher hatte sich im Telephonwesen eine ähnliche Entwicklung vollzogen, als durch die Schaffung der Pupinpule eine Telephonie auf weite Entfernungen ermöglicht wurde. Auch die Pupinpule ist weiter nichts als eine Drosselpule. So wäre heute eine Uebertragung auf praktisch unbegrenzte Entfernungen technisch durchaus möglich, und in Amerika sind durchaus ernstzunehmende Pläne entworfen worden, die eine Kraftübertragung von der pazifischen bis zur atlantischen Küste, d. h. auf eine Entfernung von 4000 bis 5000 Kilometer vorsehen.

Ein nicht ganz so weitreichender, aber immer noch sehr großzügiger Plan wurde kürzlich der deutschen Öffentlichkeit vorgelegt. Es handelte sich darum im südlichen Norwegen gelegene Wasserkraft, die dort nicht völlig ausgenutzt werden können, in Form elektrischen Stromes nach Deutschland zu versetzen, sie hier Motoren treiben und Lampen leuchten zu lassen. Diese Uebertragung, die schon in der Luftlinie 800 bis 900 Kilometer lang ist, erfordert eine noch weit höhere Spannung als sie für die Leitung Köln-Vöhring notwendig gewesen war, und in der Tat waren 380 000 Volt dafür vorgesehen. Nun ist aber eine glatte Durchführung der Leitung ausgeschlossen, denn in 150 Kilometer Breite liegt das Meer dazwischen, das wegen seiner Stürme herabstürzende Stagerat. Wie soll man darüber hinwegkommen? Mit Unterseeleitungen geht es nicht, denn für so hohe Spannungen gibt es keine. Die Kabeltechnik ist stolz darauf, ein Kabel für 110 000 Volt geschaltet zu haben, das gegenwärtig in Berlin erprobt wird, an 380 000 Volt kann sie noch auf lange hinaus gar nicht denken. Und wenn ein Kabel auf dem Meeresboden durchschlägt, also außer Betrieb kommt, wie soll man es instandsetzen? In dem Falle kann man wohl von einer dauernden Unmöglichkeit reden. Es ist deshalb auch vorgesehen, die Leitung über Schweden zu führen, wo die dänischen Inseln nahe genug an das Festland herankommen, um eine Ueberspannung der schmalen, dazwischen liegenden See zu ermöglichen. In diesen sollen schwimmende Masten verankert werden, die die Leitungen tragen und voneinander genügenden Abstand haben, um die Seefahrt unbehindert zu lassen. Auf diese Weise erlangt die Leitung freilich die statische Länge von 1300 Kilometer, und sie dürfte, vorsichtig geschätzt, 150 Millionen Mark kosten. Da ergibt sich sofort eine neue Schwierigkeit nicht technischer, sondern wirtschaftlicher Art, nämlich die Frage der Rentabilität. Die 150 Millionen müssen verzinst und getilgt werden. Die einzelne Kilowattstunde würde dadurch um weniger als 1 Pf. teurer werden. Kann denn das etwas ausmachen? Nun für den einzelnen Verbraucher, der doch mindestens 25 bis 30 Pf., häufig aber 40 bis 50 Pf. für die Kilowattstunde zahlen muß, möchte es scheinen, als ob Pfennigbrüche keine Rolle spielen könnten. Das heißt aber, die Selbstkostenrechnung der Elektrizitätswerke völlig verfehlen, denn die eigentlichen hohen Kosten des Stromes entstehen erst im Kleinverkauf. Da nun gerade Norddeutschland mit seinen großen Braunkohlenlagern außerordentlich billigen Strom erzeugen kann, müßte der norddeutsche Wasserstrom schon unvorstellbar billig sein, wenn er nach der Belastung durch die Transportkosten noch mit dem einheimischen Erzeugnis in Wettbewerb treten könnte. Er

dürfte dann an Ort und Stelle noch nicht einmal 1 Pf. kosten, und das ist kaum anzunehmen. So sehen wir hier, nachdem alle technischen Fragen gelöst worden sind, eine wirtschaftliche Grenze sich aufstellen.

Grenzen der Kraftübertragung? Es ist ja alles nur relativ. Auch diese wirtschaftliche Schwierigkeit ist noch lange keine Unmöglichkeit und besteht nicht für ewig. Denn die norddeutschen Braunkohlenlager haben auch keine ewige Dauer, an manchen Stellen reichen sie noch für 30 bis 50 Jahre aus, an manchen etwas länger, die Stadt Berlin aber wird dann immer noch weiter bestehen und Strom verbrauchen, sogar noch viel mehr als jetzt. Dann mag sich für den norddeutschen Wasserstrom willkommener Absatz eröffnen, bei dem auch ein Preisunterschied einiger Zehntel Pfennige keine große oder entscheidende Rolle mehr spielt. Aber bis dahin ist es noch lange. Inzwischen: „mangels Bestellungen arbeitet die Wissenschaft auf Vorrat“. Dann, wenn sich die Notlage kaum bemerkbar gemacht hat, mit fertigen Lösungen aufwarten zu können, ist die Aufgabe des vorausschauenden Ingenieurs. Das ist ja schließlich auch der letzte Zweck der Weltkraftkonferenz, auf der dieses norddeutsche Projekt auch zweifellos großes Interesse finden wird.

Der elektrische Stuhl für Fische

Durch die Fischereigesetze wird im allgemeinen streng verboten, die Fische durch elektrischen Strom zu töten. Dennoch kann dies unter besonderen Bedingungen gestattet werden. Ein solcher Fall ergab sich bei Sendenhorst in Westfalen, wo Sandgruben mit Wasser vollgelaufen waren. Da zurückgelassenes Baumaterial und Baumstümpfe den Boden bedeckten, war das Ausfischen dieser neugebildeten Seen mit Netzen sehr erschwert. Die Tümpel waren mit Karpfen, Karauschen und Regenbogenforellen besetzt worden, die dort gut gediehen. Um die Fische wieder herauszuholen, wurde vom Regierungspräsidenten ausnahmsweise die Genehmigung zum „elektrischen Fischen“ erteilt, unter der Bedingung, daß der Oberfischmeister und die Ortspolizei dabei anwesend sein mußten.

Wie H. Schumann mitteilt, wurde der Strom durch einen vier Millimeter starken Kupferdraht geleitet, der durch Holzklöße 10 Zentimeter unter der Wasseroberfläche gehalten und an Isolierungsdrähten durchgezogen wurde. Dieses Sendegerät wurde von einer Ueberlandleitung mit Strom von 220 Volt Ampère gespeist. Mit der Hand konnte man noch in zwei Meter Entfernung vom Draht die Elektrizitätswirkung verspüren. Die Wirkung auf die Fische war ganz gewaltig. Kurz nachdem der Strom eingeschaltet worden war, kamen die ersten Karpfen in Seiten-, Schräg- oder Rückenlage und starr oder in Zitterbewegungen hoch. Die betäubten Fische sanken rasch wieder unter, so daß viel Geschicklichkeit dazu gehörte, um sie mit Netzen aufzufangen. Wurden sie außerhalb des Teiches wieder in Fischkästen in fließendes Wasser gesetzt, so erholten sie sich in wenigen Minuten; nach einer Stunde war keine Schädigung mehr zu erkennen. Von den etwa 1,5 Kilogramm schweren Karpfen gingen nur 5 Proz. ein. Da der Fang nur 38 M. kostete und dabei drei Zentner Fische gewonnen wurden, ist der Beweis für die Wirtschaftlichkeit dieses Verfahrens erbracht. Es ist ein wertvolles Hilfsmittel beim Fischen in schwer zugänglichen, nicht abfahrbaren geschlossenen Gewässern.

Edward Stilgebauer: Ein Galgenstrick

Die Führung des „Café zur Blutwurst“, es lag an der alten Darfe in Toulon, und sein niesagender Name „du Boudin“ ist alles eher denn romantische Erfindung, war ein laures Geschäft. Denn der Hofen mit seinen südlichen, ob und zu afrikanischen Gepflogenheiten und die Größe einer Garnison, die Ausschreitungen auf den verschiedensten Gebieten unvermeidbar machte, bestimmten sein Gesicht.

Damit hatten sich Vater und Mutter Bouban ein für allemal abgefunden und sich redlich in Tag- und Nachtschicht geteilt. Unter Licht und Weh, aber doch. Denn ihr Betrieb war der schlechteste noch lange nicht. Alljährlich warf der schon ein nettes Sünmädchen ob, und da Louis, der Boubans einziges Kind, sich in Lyon des Studiums der Medizin bestreift, weil aus ihm einmal ein großer Herr werden sollte, hatte das viele hier aus den Lasten der Welt herausgeschlagene Geld schon seinen vernünftigen Zweck.

In den heißen Tagesstunden des provencalischen Sommers, wenn die vielen Fregaten an der großen Scheibe furrten und, vom Zucker angelockt, in die ihnen gestellte Glasfalle tortelten, hatte das Café zur Blutwurst seine stille Zeit.

Dann sah Mutter Bouban strickend hinter der Theke und ihr Mann zog sich auf das Bett in die ebullente Schlafkammer zurück. Die lag zu ebener Erde wie das Café selber, und wurde von diesem durch Tür und Glasverschlag getrennt. Trotz seiner intimen Bestimmung ein den hier verkehrenden Stammgästen nicht unbekannter Raum, der schon manchem Rettung gebracht hatte, weil aus ihm eine Treppe hinab in den Keller und von diesem wieder eine Fallkappe in ein verzwirgtes Seitengäßchen führte.

Revidierenden Patrouillen und recherchierenden Polizisten hatte diese — wie oft schon — ein Schnippen geschlagen, wenn es einen über Zapfenstreich ausgebrochenen Soldaten oder einen das weite Meer suchenden Flüchtling vor dem Arrest oder dem Polizeigewahrsam zu retten galt!

Vor diesem Glasverschlag und seiner Tür pflanzte sich Mutter Bouban mit Vorliebe in ihrer ganzen Größe auf.

Und die Eingeweichten lächelten, wenn sie sie in dieser Position ermschten und nannten sie zutraulich: „Engel vor dem Paradies!“ Der „Engel“ fuhr von seinem Strickstrumpf auf.

Eine Fliege, die den vergablichen Kampf in der Falle aufgegeben hatte, tortelte in das tobbringerde Raß.

Mutter Bouban schrie:

„Du, Louis!“

„Ach, Mutter!“

„Wie siehst du denn aus?“

Die Frage der an allen Gliedern bei des Sohnes Anblick zitternden Frau war nur allzu berechtigt. Denn der Jüngling, aus dem nach dem Willen seiner Eltern in Lyon ein großer Herr werden sollte, war abgerissen wie ein Bagobund.

„Ich komme zu Fuß aus Lyon, Mutter!“

„Zu Fuß aus Lyon, Louis?“

„Auf der Flucht! Es ist etwas Schreckliches passiert! Ich habe einen erschossen.“

„Einen erschossen, Louis?“

Mutter Boubans entsetzte Frage war mehr aus den mitaufgerissenen Augen der alten Frau zu lesen, als daß sie sie in verständliche Worte gekleidet hätte, denn ihre Sprache ging in lautem Geschrei unter.

Aber Louis antwortete trotzdem:

„Im Kriemess wollen, Mutter! Ich weiß selber nicht, wie es kam! Die Eifersucht — Hilf mir, Mutter — jede Minute —“

Und noch ehe die Mutter alles so recht begriffen hatte, stand Vater Bouban mitten im Café.

Sein Gesicht war aschgrau, und der Schweiß perlte auf seiner Stirn.

„Heute kommt Verond“, stammelte er. Er kann jeden Augenblick da sein!“

„Wer ist das“, schrie da Louis.

„Der Kommissar unseres Bezirks, wer denn sonst?“

Während dieser Erklärung hatte Vater Bouban die Brieftasche gezogen.

„Schnell, schnell, schnell, Louis! Hier durch die Schlafkammer, die Kellertreppe hinunter und dann durch die Fallkappe in die Rue Mafin, hier, hier, hier.“

Schon drängte er den Sohn in der Richtung des Ausweges und drückte ihm drei Tausender in die Hand.

„Nach dich fort — nach Mafin — nach Tunis — oder noch besser über die italienische Grenze. Nur fort, fort, fort.“

Was nun folgte, schien in Sekunden vor sich zu gehen.

Louis Sprang in die elterliche Schlafkammer, sein Hinabstürzen über die Kellertreppe, das Heben der Fallkappe, das Erreichen der Rue Mafin.

Mutter Bouban klagte und jammerte:

„Mein Kind, mein armes Kind!“

Und Vater Bouban wetteiferte und stuchte:

„Wenn sie ihn erwischen, bin ich ruiniert.“

Aber in der Rue Mafin fragte nur wenige Minuten später eine Frauenstimme:

„Ist es gegliedert, hast du das Geld, Louis?“

„Ich habe es, Mariemmes, triumphierte das Fräulein.“

Kommissar Verond schien sich auf seinem heutigen Rundgang durch die Halbinseln der alten Darfe verspätet zu haben, denn er suchte das Café zur Blutwurst erst gegen Abend auf. Mutter Bouban machte sich im Keller zu schaffen, und der Wirt des Etablissement tat so unbefangen, wie es ihm nur irgenbdinglich war. Verond fand auch nicht das mindeste, was zu beanstanden gewesen wäre.

Nachdem er auf Einladung Vater Boubans ein Viertel Weissen genommen hatte, wandte er sich zum Gehen und warf ganz beläufig hin:

„Und Ihr Louis, Vater Bouban?“

Der glaubte, daß ihn ein Herzkrampf befiel.

Und der Kommissar fuhr fort:

„Ein toller Burche, Ever Louis, Vater Bouban! Das ist in dem richtigen Alter und genießt sein Leben. Ich sah ihn vorhin am Bahnhof. Er nahm den Zug nach Paris zusammen mit einem Rädel, das gar nicht zu verachten ist! Ja, ja, ja! Wer auch noch einmal jung sein und es so haben könnte!“

Vater Bouban jagte auch nicht ein einziges Wort.

Aber als Verond glücklich draußen war und Mutter Bouban aus dem Keller zurückkam, machte er seinem ganzen Unwillen Luft. Stillschweigend ließ Mutter Bouban das eheherrliche Ungewitter über sich ergehen.

Dann aber sagte sie:

„Gott sei Dank, daß er nach Paris gefahren ist und nicht nach Tunis, dann ist doch Hoffnung vorhanden, daß ich ihn wiedersehe.“

„Sobald er wieder Geld braucht, Mite!“

„Freilich, Vater Bouban!“

Die russischen Schreckensinseln

Die Solowjets-Inseln im Weißen Meer sollen jetzt zu einer selbständigen „Republik der Verdammten“ erklärt werden, und damit würde die Sowjetunion eine ihrer furchtbarsten Schöpfungen mit einem Schein der Freiheit umkleiden, der nur als billiger Lohn wirken kann. Ist doch schon der Name dieser „Inseln der Nachtigallen“ eine blutige Ironie, denn es gibt dort keine Vögel und keinen Vogelgefang. Die Geschichte dieser Inseln seit dem Jahre 1920 ist eine Kette furchtbarer Tragödien und grausamer Schrecken. Damals wurden sie nämlich in ein Konzentrationslager verwandelt und mit politischen Gefangenen besiedelt, die hauptsächlich aus Sozialdemokraten und Anarchisten bestanden. Nur die kräftigsten und gesündesten der hierher Verbannten sind noch am Leben. Fast alle bekannten Sozialisten und radikalen Politiker des Vorkriegsrußland waren auf die Inseln deportiert, und in vielen Fällen waren es ganze Familien, darunter Säuglinge auf den Armen der Mütter, die dieser entsetzlichen Einöde ausgeliefert wurden. Etwas vier Jahre lang kümmerte man sich überhaupt nicht um sie. Nur für die Verpflegung der Wächter wurde gesorgt, die sich in der Hauptsache aus den brutalsten und grausamsten Henkern des Bolschewismus rekrutierten.

Die Anarchisten waren zunächst auf einer der kleineren Inseln interniert, wo man ihnen ein „anarchistisches Leben“ gestattete, d. h. sie für sich selbst sorgen ließ. Die „freie Liebe“ herrschte damals ungezügelt und führte zu tragischen Konflikten und vielem Büttern, so daß sich die Regierung schließlich entschloß, die Anarchisten unter die übrige Bevölkerung zu verteilen. Da die Sterblichkeitsziffer auf diesen Inseln die höchste in der ganzen Welt ist, so erschien dieser Ort für besonders geeignet, um auch widerspenstige Kommunisten hierhin zu verbannen. Eine beträchtliche Anzahl dieser Genossen, deren man sich aus irgendeinem Grunde entledigen wollte, wurde jedes Jahr hierhergebracht. Die Bewachung erfolgte mit der größten Grausamkeit. Männer und Frauen wurden zu Tode gepeitscht, hundert nackt und bloß in die Einöde hinausgeschickt und dem Erstarrungstode überlassen. Tausende von Intellektuellen des Vorkriegsrußland wurden zum Selbstmord getrieben, darunter so mancher bedeutende Gelehrte und Künstler, die das Leben unter diesen Bedingungen nicht ertragen konnten.

